

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wierteljährlich 3,20 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsstelligen Rotations-
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Anzeigen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Insertate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochentagen
bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 14. September 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

15 Jahre Krankenversicherung.

Der soeben erschienene Band 133 der Statistik des Deutschen Reiches enthält die Uebersicht über die Ergebnisse der Krankenversicherung für das Jahr 1899 und damit liegen die Uebersichten für die ersten 15 Jahre der Krankenversicherung unter der Herrschaft des Versicherungszwanges vor, da das Krankenversicherungs-Gesetz von 1883 am 1. Dezember 1884 vollständig in Kraft getreten ist.

Die zwangsweise Krankenversicherung bildete ja bekanntlich den ersten Schritt auf dem Wege unserer gepriesenen Socialreform, die einst mit so vielem Geräusch inszeniert wurde, an die sich so naiv reaktionäre Hoffnungen knüpften und der man heute gegenübersteht mit den Gefühlen des Zauberverflüchtens, dem aber leider kein Meister helfen kann.

An pomphaftem Wortgetöse bietet die deutsche Politik von heute wahrlich ein überreiches Maß, aber auch damals verstand man es so gut wie nur irgend ein Marktschreier, den billigen Kram mit großem Phrasenschwalle als gediegenes Gold anzupreisen.

Man kann sich des Lächelns nicht erwehren, wenn man heut liest von den „höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens beruht“, von den „dauernden Bürgschaften des inneren Friedens“ usw., womit die Aktion eingeleitet wurde und wenn man sich die Armseligkeit des Gesagten und zugleich die heutige Stellung der herrschenden Kreise dazu vergegenwärtigt.

Wohin sind die Hoffnungen, die sich daran knüpften!

„Dah der Staat sich in höherem Maße als bisher seiner hilfbedürftigen Mitglieder annehme, ist nicht bloß eine Pflicht der Humanität und des Christentums, von welcher die staatlichen Einrichtungen durchdrungen sein sollen, sondern auch eine Aufgabe staatsrechtlicher Politik, welche das Ziel zu verfolgen hat, auch in den bestgestellten Klassen der Bevölkerung, welche zugleich die zahlreichsten und am wenigsten unterrichteten sind, die Anschauung zu pflegen, daß der Staat nicht bloß eine notwendige, sondern auch eine wohlthätige Einrichtung sei. Zu dem Ende müssen sie durch erkennbare direkte Vorteile, welche ihnen durch gesetzgeberische Maßregeln zu teil werden, dahin geführt werden, den Staat nicht als eine lediglich zum Schutze der besser situierten Klassen der Gesellschaft erfindene, sondern als eine auch ihren Bedürfnissen und Interessen dienende Institution aufzufassen.“

So hieß es in den Notizen des Entwurfs zum Unfall-Gesetze, das 1882 in Verbindung mit dem Krankenversicherungs-Gesetze vorgelegt wurde. Und nach der Annahme des Krankenversicherungs-Gesetzes im Jahre 1883 erklärte der Stellvertreter des Reichskanzlers im Reichstage, daß dies der erste Schritt sei

„für die Verbesserung der Lage der Arbeiter, welcher, die Nation weiß es, das lebhafteste Interesse und das Herz des Kaisers zugewendet ist, und welche die verbündeten Regierungen einmütig beschlossen haben, im Wege der Gesetzgebung. Schritt für Schritt zwar nur, aber doch ohne jeden vermeidlichen Aufschub thunlichst so weit zu fördern, daß den berechtigten Klagen die Abhilfe, dem anzuerkennenden Bedürfnisse die Befriedigung, dem ganzen Volke der innere Friede, Freude und Genüge an unseren Staatseinrichtungen gesichert werde.“

Wo sind die Hoffnungen hin auf Trennung der Arbeiter von der Socialdemokratie und wo bleibt die Erfüllung der großen Ankündigungen!

Abhilfe den berechtigten Klagen! Befriedigung der anzuerkennenden Bedürfnisse! Lebensarten!

Die Hoffnungen sind geschwunden und damit sind auch die „höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens ruht“, verflücht.

Es braucht gar nicht bestritten zu werden, daß der erste Schritt zu einer ernsthaften Socialreform ein wichtiges Ereignis von großer Tragweite sei, aber wo Worte und Thaten in so großem Mißverhältnis stehen, wie es bei unsrer Socialreform der Fall ist, da wird die Kritik gewaltig herausgefordert.

Es wurde von vornherein der größere Teil der Arbeiter vom Versicherungszwange ausgenommen, so daß am Schlusse des Jahres 1885 im ganzen 4,3 Millionen Versicherte vorhanden waren, wobei zu berücksichtigen ist, daß die freie Versicherungsfähigkeit schon damals fast eine Million Personen gegen Krankheit gesichert hatte. Der Kreis der Versicherten wurde dann durch das Ausdehnungsgesetz von 1885 etwas erweitert und scheint sich auch später noch etwas ausgedehnt zu haben durch das Gesetz von 1886 über die Unfall- und Krankenversicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. Es weisen wenigstens die Jahre 1888 und 1889 eine verhältnismäßig starke Zunahme der Versicherten auf. Durch die Novelle von 1892 wurden noch einige Berufszweige dem Versicherungszwange unterworfen; trotzdem waren am Schlusse des Jahres 1899 nur 8,8 Millionen Personen (und 1/2 Million in den Knappschaftskassen) gegen Krankheit versichert, während dem mehr als doppelt so viel Unfallversicherte und etwa 12 Millionen gegen Alter und Invalidität Versicherte vorhanden sind. Es giebt also noch viele Millionen Menschen

im Deutschen Reich, die einer Versicherung gegen Krankheit dringend bedürftig wären.

Auch in organisatorischer Hinsicht stellte das Gesetz keine Großthat vor. Allerlei kleine Interessen der Unternehmer mußten berücksichtigt werden und so kam man zu der monotonen Schöpfung von sieben verschiedenen Klassenarten als Trägern der Versicherung. Die freien Klassenöffnungen der Arbeiter, die eingeschriebenen Hilfskassen, sowie die auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen mit voller Selbstverwaltung der Versicherten hatte man zwar noch nicht so vollständig als „Oerd der socialen Revolution“ erkannt, um sie beseitigen zu wollen, aber sie waren immerhin verdächtig schon deswegen, weil sie die Arbeiter zur Selbstständigkeit erzogen; sie konnte man nicht zu alleinigen Trägern der Versicherung machen. Ebenso durfte man die schon bestehenden Fabrik- und Innungskassen aus Rücksicht auf die Unternehmer nicht beseitigen; dazu die Baukassen, die Ortskassen und schließlich ohne jede Organisation und ohne jede Teilnahme der Versicherten an der Verwaltung die Gemeinde-Krankenversicherung mit ihren ganz unzulänglichen Leistungen. Von der Gesamtzahl der Versicherten entfielen auf die einzelnen Klassenarten:

Table with 7 columns: G.-A.-B., O.-R., Betriebskassen, Baukassen, Innungskassen, Einz. Hilfsk., Landesrechtl. Kassen. Rows for 1885 and 1899.

Daß diese Zerspaltung die Leistungsfähigkeit der Kassen stark beeinträchtigt, ist selbstverständlich. Kamen doch durchschnittlich auf eine Klasse im Jahre 1885 nur 228 Mitglieder; im Jahre 1899 war diese Zahl auf 409 gestiegen. Da die Gesamtzahl der Versicherten um mehr als das Doppelte gestiegen ist, kann auch von einer Tendenz zur Beseitigung der Zerspaltung nicht gesprochen werden; eher vom Gegenteil. Der Schwerpunkt der Versicherung hat sich mehr und mehr zu Gunsten der Ortskassen verschoben, denen heute fast die Hälfte aller Versicherten angehört und die auch mit 929 Mitgliedern durchschnittlich am größten sind.

Was die Klassen leisten, ist durchaus nicht geeignet, Not und Elend aus der Familie des Erkrankten fernzuhalten, wenn es auch gemildert wird. Die Gesamtzahlen, mit denen man auf Weltausstellungen haustieren geht, klingen zwar ganz imponant. So waren in den 15 Jahren 36,5 Millionen Erkrankungsfälle mit 613,5 Millionen Krankengeldtagen zu verzeichnen, ohne die Fälle der Erkrankungen ohne Erwerbsunfähigkeit, der Angehörigen- und Wöchnerinnen-Unterstützung. Die Krankheitskosten, das ist alles was den Mitgliedern geleistet wurde, betragen in dieser Zeit 1366 Millionen Mark. Aber solche Zahlen enthüllen für den Sehenden weit mehr die Fülle der Not, die trotz der gerühmten Versicherung vorhanden war und der gründlich zu steuern allerdings eine Pflicht der Gesellschaft wäre.

Die Unterstützung wurde von vornherein neben freier Behandlung und Arznei auf die Hälfte des Lohnes bemessen, wobei „Lohn“ vielfach nur eine hypothetische Größe ist, die hinter dem wirklichen Lohn oft erheblich zurückbleibt. Eine geringe Anzahl Zwangskassen machen allerdings von der Befugnis, unter gewissen Voraussetzungen ein höheres Krankengeld zu gewähren, Gebrauch. Solcher Kassen gab es 1885 zusammen 970 gegen 2107 im Jahre 1899. Zwangskassen waren aber 21190 im Jahre 1899 vorhanden. Die Zahl der Versicherten, denen diese höheren Leistungen zu Gute kommen, ist nicht festzustellen.

Die Hälfte des Lohnes ist natürlich nicht ausreichend, die Familie vor Not zu schützen, wenn der Ernährer krank danielberliegt, umso mehr, als die Krankheit oft eine solche ist, die mehr durch gute Nahrung und allgemein günstigere Lebensbedingungen als durch Medizin geheilt werden könnte.

Auch die Dauer der Unterstützung wurde von vornherein ungenügend bemessen; trotz des Krankenversicherungs-Gesetzes wurden gar viele Kranke nach 13 Wochen nicht gesund und wo die Hilfe am nötigsten wäre, da verjagt sie. Es gab allerdings auch schon 1885 eine Anzahl Kassen, die von der eventuellen Befugnis, länger zu unterstützen, Gebrauch machten. Es unterstützten bis 26 Wochen: 734 Ortskassen, 897 Betriebskassen, 42 Innungskassen, 661 eingeschriebene und 142 landesrechtliche Hilfskassen; auf längere Dauer: 124 Ortskassen, 271 Betriebskassen, 10 Innungskassen, 575 eingeschriebene und 237 landesrechtliche Hilfskassen. Im Jahre 1899 unterstützten bis 26 Wochen: 819 Ortskassen, 1901 Betriebskassen, 1 Baukasse, 148 Innungskassen, 551 eingeschriebene, 76 landesrechtliche Hilfskassen und 5 Gemeinde-Krankenversicherungen; auf längere Dauer: 133 Ortskassen, 527 Betriebskassen, 4 Baukassen, 11 Innungskassen, 279 eingeschriebene und 81 landesrechtliche Hilfskassen. Leider ist auch dafür nicht die Zahl der beteiligten Mitglieder festzustellen.

Die Leistungen der Kassen könnten wohl erhöht werden durch zweckmäßigere Organisation und Verbilligung der heute viel zu teuren Arzneien, jedoch sind damit keineswegs die Leistungen auf eine Höhe zu bringen, die dem Bedürfnis entspricht. Der Hauptgrund liegt in den geringen Mitteln der Kassen. Was kann damit geleistet werden, wenn den Klassen an Beiträgen und Eintritten geldern durchschnittlich pro Mitglied und Jahr 16,90 M. zufließen, wie es im Jahre 1899 der Fall war, und dabei auf jedes Mitglied durchschnittlich 6 1/2 Krankengeld-Tage kommen. Von den 16,90 M. sollen also für 6 1/2 Tage Krankengeld bezahlt werden, dann Arzt

und Arznei für diese Zeit und für die weit zahlreicheren Fälle der Erkrankung u ohne Erwerbsunfähigkeit sowie für die Familienbehandlung, Sterbegeld und Verwallung. Auf Krankengeld blieben darum im Jahre 1899 nur 6,94 M. per Mitglied übrig. Das ist natürlich für 6 1/2 Tage gänzlich unzulänglich.

Dabei sind aber die Ausgaben der Versicherten für die Versicherung im Verhältnis zu ihrem Einkommen recht beträchtlich. Sie betragen 1899 bei 7728 Zwangsklassen bis 1 1/2 Proz. des Lohnes, bei 5371 über 1 1/2 bis 2 Proz., bei 7175 über 2 bis 3 Proz. und bei 916 über 3 bis 4 1/2 Proz. Davon hat zwar der Unternehmer 1/3 aus eignen Mitteln zu tragen, doch bleiben immer noch Ausgaben bis zu 3 Proz. des Lohnes allein für Krankenversicherung. Das ist für den Arbeiter eine schwere Last und an eine Erhöhung der Beiträge ist gar nicht zu denken. Bei alledem klagen auch noch, und wohl vielfach mit Recht, die Aerzte über ganz ungenügende Bezahlung ihrer Leistungen. Eine wirklich leistungsfähige Kranken-Versicherung, die den Kranken wirklich vor Not und Elend schützt und auch den Arzt zu seinem Rechte kommen läßt, kann auf dem bisherigen Wege überhaupt nicht geschaffen werden.

Eine Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes brachte das Jahr 1892. Dabei zeigte es sich ganz klar, daß die „sittlichen Fundamente des christlichen Volkslebens“ nichts wie eine schöne Redensart waren. Die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz von 1892 hatte hauptsächlich einen politischen Charakter. Die paar sachlichen Verbesserungen, die sie dem Gesetze brachten, lohnten die Mühe der Abänderung nicht. Worauf es ankam, war der Kampf gegen die freien Hilfskassen, die man inzwischen als die „Cubros der Socialdemokratie“ erkannt hatte. Ihnen, in denen die Unternehmer nichts zu sagen hatten, wo die Arbeiter allein und selbständig ihre Angelegenheiten verwalteten, wollte man den Lebensgaben abhandeln, und trotz des lebhaftesten Protestes der beteiligten Arbeiter und der socialdemokratischen Reichstags-Fraktion wurden den freien Kassen Bedingungen auferlegt, die sie schwer schädigten. Danebenher ging ein Kampf der Verwaltungsbehörden gegen die Hilfskassen; die ganze Stofa der bekannnten Polizeikräfte wurde angewendet, um die Arbeiter aus den Hilfskassen in die Ortskassen zu treiben. Das hatte denn auch den Erfolg, daß die Zahl der in Hilfskassen ausreichend (gemäß § 75 R.-V.-G.) versicherten Personen schon von 1891 an stark zurück ging, indem die Hilfskassen die Umwandlung in bloße Zusatzkassen vollziehen mußten, sowie daß auch die Hilfskassen überhaupt an Mitgliedern stark einbüßten. Von diesem Schlage haben sie sich auch nicht wieder ganz erholen können, denn die Mitgliederzahl der dem Krankenversicherungs-Gesetze genügenden Hilfskassen ist heut immer noch geringer wie 1891. Dagegen darf nicht unerwähnt bleiben, daß die eingeschriebenen Hilfskassen trotz alledem in finanzieller Beziehung für die Mitglieder noch am vorteilhaftesten sind. Im Verhältnis zu den Einnahmen und unter Berücksichtigung der verschiedenen gesetzlichen Bedingungen hinsichtlich der Verwaltungskosten und der Ansammlung der Reserverfonds leisten sie den Mitgliedern, wie Schreiber dieses im vorigen Jahre im „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften“ in einer ausführlicheren Untersuchung nachgewiesen hat, immer noch mehr wie jede andre Klasseart.

In vollem Umfange ist daher der gewünschte Erfolg der Novelle nicht eingetreten. Dagegen ist um so sicherer ein anderer, nicht gewünschter, von uns aber damals schon bestimmt vorausgesagter Erfolg eingetreten: Die an selbständiges Handeln gewöhnten, klassenbewußten Arbeiter sind in großer Zahl in die Zwangskassen, namentlich in die Ortskassen geströmt, sie haben dort bald von ihren gesetzlichen Rechten Gebrauch gemacht, haben den Unternehmern das Best aus den Händen genommen und sich den ihnen zustehenden Einfluß auf die Verwaltung der Ortskassen errungen. Und damit sind der Reaktion heute die Ortskassen geworden, was ihr vor 10 Jahren die freien Hilfskassen waren: ein socialdemokratischer Popanz, und in den Erörterungen über die Revision des Krankenversicherungs-Gesetzes spielt dieser Popanz die Hauptrolle, nur ganz nebenher werden die so dringend nötigen Verbesserungen der Krankenversicherung erörtert.

Der Kreis der Versicherten muß wesentlich erweitert werden, die Leistungen der Kassen müssen bedeutend erhöht werden ohne die Mitglieder durch höhere Beiträge noch mehr zu belasten. Das radikalste und wirksamste Mittel dazu wäre eine vollkommene Reorganisation aller Zweige des Versicherungswesens, organischer Zusammenschluß der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung unter Ausbringung eines wesentlichen Teiles der Mittel durch allgemeine Steuern, und Einbeziehung aller Einwohner bis zu einer gewissen Einkommensgrenze in die Versicherung, Verstaatlichung des Aerzte- und Apothekenwesens. Indes ist daran heute gar nicht zu denken. Aber auch einfachere und näher liegende Mittel, wie die Entlastung der Krankenkassen von der Fürsorge für die Unfallverletzten in den ersten 13 Wochen, durch die sie wesentlich leistungsfähiger würden, werden gar nicht erörtert. Statt dessen dreht sich die ganze öffentliche Erörterung um die Frage, wie man den Einfluß der Versicherten auf die Verwaltung einschränken kann, weil man damit ein politisches Geschäft zu machen hofft.

Es ist der rote Faden, der sich durch unsere Socialgesetzgebung zieht: nicht das Bewußtsein einer sittlichen Pflicht des Staates treibt die Herrschenden zu socialen Reformen, sondern sie das auch hundertmal versichern, sondern einzig und allein politische Erwägungen; die „sittlichen Fundamente des christlichen Volkslebens“ sind federleichte Redensarten, gut genug für politische Jongleurkünstel.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. September.

### Die Kniele in Lebensgefahr.

In dem Befinden der Kniele, das bis gestern vormittag ein durchaus befriedigendes war, ist in der letzten Nacht unerwartet eine bedeutende Verschlimmerung eingetreten.

Ueber diesen Umschlag im Befinden des Präsidenten wird folgende Darlegung gegeben: Kurz nach 2 Uhr früh begannen die Kräfte zu sinken. Die Aenderung im Befinden trat gestern nachmittag ein, als die Verdauungsorgane versagten, während eine Nahrungsaufnahme dringend notwendig war. Da die ihm einige Tage lang auf künstlichem Wege zugeführte Nahrung nur teilweise genügt, schritt man zur Ernährung auf natürlichem Wege, wahrscheinlich war aber der Magen noch nicht genügend zur Nahrungsaufnahme geeignet. Obwohl der Fleischsaft, der dem Patienten durch den Mund zugeführt wurde, ihm das erste und zweite Mal gut bekam, stellte sich gestern vormittag heraus, daß ihm diese Nahrung nicht weiter zugeht, und es entstand zum erstenmal wirkliche Besorgnis. Der Puls war enorm hoch, er hatte 120 Schläge, die Temperatur betrug 100,2 Grad. Die Herzschwäche nahm bedenklich zu und der Zustand des Präsidenten verschlimmerte sich ständig. Am Mitternacht wurde die Lage kritisch. Es wurde dem Kranken Calomel-Del gegeben, um die Eingeweide geschmeidiger zu machen, und Digitalis, um das Herz zu beruhigen. Kurz nach 2 Uhr wurde konstatiert, daß das Herz immer schwächer wurde. Der Puls schlug fieberhaft. Der Präsident brach zusammen und das Ende schien nahe. Es wurden nochmals Digitalis und Strichmün gegeben und als letztes Mal eine Salzlösung eingespritzt ohne unmittelbaren Erfolg. Man machte sich mit dem Gedanken vertraut, daß sein Zustand äußerst kritisch sei.

Am Freitag früh trat dann wieder eine leichte Besserung ein. Ein Telegramm meldet:

Der Zustand des Präsidenten hatte sich um 9 Uhr früh gebessert. Die anregenden Mittel haben auf die Herzthätigkeit ihre Wirkung ausgeübt. Die Kniele ist bei Bewußtsein, er hat keine Schmerzen. Puls 128, Temperatur etwas über 37 Grad Celsius.

Diese Telegramme aus Buffalo läßt ein Londoner Telegramm ungläubhaft erscheinen, demzufolge an der Londoner Börse Wandelgeschehen vorliegen, wonach die Kniele bereits gestorben sei.

Wodurch die Krise im Befinden des verstorbenen Präsidenten hervorgerufen worden ist, wird in den Depeschen nicht mitgeteilt. Nach früheren Meldungen hatte die Einschüßelung der Wunde nochmals geöffnet werden müssen, weil durch einen nicht sauber genug entfernten Fremdkörper eine Entzündung hervorgerufen worden war. Doch wurde dieser Entzündung keine besondere Bedeutung beigelegt. Die Krise müßte demnach durch die noch unauferkandene Kugel hervorgerufen worden sein. Hoffentlich handelt es sich indes nur um eine bereits überwundene Krise des Kranken.

**Johann Most verhaftet.** Wie aus New York gemeldet wird, ist der Herausgeber der „Freiheit“, Johann Most, verhaftet worden. Die Verhaftung Mosts verrät nur den plötzlichen Ueberreifer und die Nervosität der amerikanischen Polizei, die schließlich eine Verbindung des Attentäters mit dem Herausgeber der „Freiheit“ wird konstruieren können. Hätte Most aber in seinem Blatt etwas nach dem amerikanischen Gesetz Strafbares begangen, so wäre zweifellos eine Anklage früher erfolgt. Hat Most aber etwas geschrieben, was nach dem Gesetz strafbar ist, so vermag das Attentat in Buffalo an seiner Straflosigkeit nichts zu ändern. Mag man über einen Most oder eine Emma Goldmann denken, wie man will: die augenscheinliche Sucht der amerikanischen Polizei, unter allen Umständen ein anarchistisches Komplott aufzudecken, wo allem Anschein nach nur die Zerstückelung eines Einzelnen vorliegt, kann nicht scharf genug beurteilt werden.

## Deutsches Reich.

**Der zarische Seebesuch** ist beendet; er ist nicht einmal ganz programmäßig verlaufen, indem der Zar den Besuch der Danziger Werft nicht ausgeführt hat. Sonst soll aber alles vortrefflich abgegangen sein. Kaiser Wilhelm und Kaiser Nikolaus sollen sich überaus herzlich zu einander verhalten haben und die beiden Herrscher haben mit Ordensverleihungen und ionischen Ehrentiteln nicht gespart. Graf Bülow und Graf Lambdors, der russische Minister des Auswärtigen, sollen gewisse Unterredungen gehabt haben und auch sie sind in bestem Einvernehmen geblieben.

Von russischer Seite soll die deutsche Getreidesperrepolitik gebilligt worden sein unter der Bedingung, daß Deutschland bereit ist, das internationale Hoanger Friedensbureau mit Vorschlägen zur militärisch-marinistisch-weltpolitischen Abrüstung zu betrauen.

Aus Danzig wird uns berichtet:

Mitten in dem Lärm der sogenannten Kaiserfeste hat sich ein trauriges Ereignis abgespielt. Am 10. September vormittags erschoss sich auf der kaiserlichen Yacht „Hohenzollern“ der Matrose K. Der tote wurde in das hiesige Garnisonlazarett transportiert. Ueber die Ursache des Selbstmordes ist nichts zu erfahren. Die Festarrangements werden trotz dieses traurigen Zwischenfalls unverändert durchgeführt.

### Minister-Byzantinismus.

Auf dem „deutschen Bergmannstag“ in Dortmund — einer Zusammenkunft der Kohlenbarone — hat Handelsminister Müller auf den Kaiser getostet. Der Toast darf zu den Zeichen dieser Zeit zählen. Herr Müller sagte:

Der große Mann, den wir heute zu feiern haben, ist vielfach bekannt worden. Allmählich aber dringt seine hohe Bedeutung durch. Er hat vieles geschaffen, und alles geschaffen zum Frieden. Er hat weiter gebaut an dem, was sein großer Großvater geschaffen hat im Meer und in der Marine. Er hat darin ein Friedenswerkzeug nach außen geschaffen. Er hat aber auch weiter gebaut im Innern. Er hat weiter gebaut auf dem Felde des socialen Friedens, auf derselben Bahn, auf der sein großer Großvater begonnen hatte, und viele denken mit ihm, daß wenn bei uns die socialen Kämpfe heute vielfach minder verlaufen sind als in andern Ländern, das die Folge dieser socialen Politik ist, die den Ausgleich geschaffen hat in einem Maße, wie dies in keinem andern Lande geschehen ist; die großartigen Arbeiterversicherungen, die geschaffen sind durch den Kaiser und das Reich, haben verjüngend gewirkt ungewißhaft, und alle andern Nationen beneiden uns darum. Auch auf diesen andern Gebieten der socialen Politik ist man vorangeschritten, zu schneil für manche, aber schließlich, wie ich fest überzeuge bin, doch zur Förderung des Friedens. Auch weiterhin bietet

sich jetzt Gelegenheit zu dieser Friedensarbeit. In festigem Streik sind die Stände gegen einander entbrannt, auf der einen Seite — Ansprüche der Landwirtschaft, auf der anderen Seite — Ansprüche von Industrie, Handel und Verkehr. Auch hier gilt es Frieden zu stiften, und ich bin überzeugt, daß die erhabene Person, auf die ich die Ehre zu sprechen habe, dieses dringend wünscht, daß dieser Frieden hergestellt wird, und daß er die Direktive geben wird nach der Richtung hin, daß ein Frieden möglich sein wird. Wer jemals Gelegenheit gehabt hat, in die Gegenwart des hohen Herrn zu kommen, wer die fesselnde Art seiner Rede kennen gelernt hat, der wird verstehen, wenn ich in dieser Weise zu Ihnen spreche. Selten vielleicht ist ein Monarch dargelegen, der so vielseitige Kenntnisse gehabt hat in Wissenschaft und Kunst und Kenntnisse auch auf einem Gebiete, das sonst den Thronen fremd ist, auf dem Gebiete der Technik, das die Herren, die hier anwesend sind, auch vielfach berührt. Meine Herren, seien wir dankbar dafür, daß zum erstenmal durch die erhabene Hand des Kaisers Männer der Technik zu hohen Stellen im Staate berufen sind; die Berufung von Professoren der Technik ins Herrenhaus ist das erste, was auf diesem Gebiete irgendwo geschehen ist. Meine Herren, also gerade in Ihrem Kreise sollte man dankbar anerkennen, daß man das vielseitige Wissen des Kaisers nach allen Richtungen abzuwägen versteht.

Bestandspreden dürfen nicht mit dem Maße gemessen werden, das an solche Beurteilungen gelegt wird. Doch den neuen Handelsminister hat die Freude seiner Berufung zum Minister zu einer monarchischen Zulassung begeistert, die zu den allerbedeutendsten Höflichkeitsleistungen des Monarchenalters aller Zeiten zählt. Der Kaiser wird als „ein großer Mann“, eine erhabene Person“ gefeiert und so ziemlich alles, was unter seiner Regierung geschah und was Herrn Müller wertvoll erscheint, wird ihm allein zum Verdienst gerechnet.

Minister Müller ist der umgekehrte Drosel und Golgoss. Die Verherrlichung eines Einzelnen, wie sie Herr Müller betreibt, muß den anarchischen Wahn, daß die Hinwegräumung von Einzelnen eine geschichtliche That ist, nur fördern.

**Miquel** hat sich noch vor kurzem zur Uebernahme einer Reichstags-Kandidatur für den Wahlkreis Hildesheim bereit erklärt. Die nationalliberale Parteileitung des Kreises dachte mit dem agrarischen Ministerkandidaten den welfischen Vertreter im Reichstags zu verdrängen.

Im „Frank. Journ.“ wird über eine Unterredung mit Miquel wenige Tage vor seinem Tode berichtet. Zu dem Bericht wird u. a. erzählt:

Natürlich wurde die Zollfrage berührt. In betreff des Zustandekommens des zur Zeit vorliegenden Tarifentwurfes sprach sich Herr v. Miquel einigermaßen pessimistisch aus; er fürchtete eine von radikaler Seite ja angebotene Obstruktion; es werde, so meinte er, allen Fleiß der nationalliberalen, konservativen und Centrumsfreunde des Entwurfs bedürfen, die Wirksamkeit dieser Obstruktion zu paralysieren. Natürlich kam hiermit das Gespräch auf die dringende Hebung des Beluches der Parlamentarismen; als das beste Mittel hierfür bezeichnete der Sprecher die schleunigste Erledigung des Diätengesetzes. Entsprechende Konzessionen werde freilich die Volkvertretung machen müssen, und wenn zum Beispiel die Regierung als Gegenleistung die Schaffung eines perennierenden Wahlgesetzes (gemeint sind wohl beständig auf dem Laufenden befindliche Wählerlisten, welche eine rasche Renewal nach etwaiger Auflösung des Reichstages ermöglichen) in Vorschlag bringen sollte, so würde er selbst als Abgeordneter keinen Grund einsehen, dieser Forderung irgendwelchen Widerstand entgegenzusetzen. Die Diäten seien geeignet, gerade den Vertretern des Mittelstandes, die von ihren Wählern keine Unterhaltungen annehmen wollen, den regelmäßigen Besuch der Sitzungen zu ermöglichen.

Sollte der junge Miquel wirklich eine Zollobstruktion der Reichstagslinken gefürchtet, aber die Erlangung von Konzessionen gegen Diätenbewilligung für möglich gehalten haben?

**Gumbinnen.** Ein Aufruf des Rechtsanwalts Horn bezüglich Spendung von Geldmitteln zur Unterstützung der Opfer des Gumbinner Morbiprozesses ist nicht ohne Wirkung geblieben. Bis jetzt sind bereits an 2000 M. beim Rechtsanwalt Horn in Justerburg eingegangen und jede Post bringt neue Beträge. Den gemahregelten Unteroffizieren sind von verschiedenen Seiten gute Stellenangebote zugesandt worden, so daß sie vor der Hand vor Nahrungsorgen geschützt sein werden.

### Bodenlose Unkenntnis.

Unter der Rubrik „Zollwucher-Proteste“ brachte der „Vorwärts“ in seiner Nummer 212 auch eine gegen den Zolltarifentwurf gerichtete Protestresolution der Portefeuille-Arbeiter in Offenbach. Diese Resolution protestierte zunächst gegen den Brotwucher, enthielt aber auch folgende Stelle:

„Eine künstliche Erhöhung und Verteuerung unserer wichtigsten Lebensmittel, sowie der Gerbstoffe, Häute, Leder, Seide und Baumwolle ist eine schwere Schädigung, wenn nicht gar eine Vernichtung unserer Industrie.“

Ueber diese Resolution und ihre Registrierung im „Vorwärts“ erheben die „Berl. Pol. Nachr.“ ein entrüstetes Geschrei. Sie schreiben:

„Mit welcher bodenlosen Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse die Agitation gegen den neuen Zolltarif-Entwurf betrieben wird, zeigt wieder einmal die heute vom socialdemokratischen Centralorgan unter der Spitzmarke „Zollwucher-Proteste“ mitgeteilte Resolution der Portefeuille-Arbeiter von Offenbach a. M. In dieser wird u. a. gegen die Erhöhung auf Häute und auf Leder protestiert. Hölle auf Häute gab es bisher nicht, sie konnten also auch nicht erhöht werden. Der neue Zolltarif-Entwurf enthält aber nicht nur ebenso wie der alte Tarif völlige Zollfreiheit für Häute und Felle, er hat sogar diese Zollfreiheit in etwas ausgedehnt, indem künstlich auch gepaltene Felle, die bisher einem Zolle unterlagen, von diesem befreit sein sollen. Auch der Protest der Offenbacher Portefeuille-Arbeiter gegen die angebliche Erhöhung der in ihrer Branche gebrauchten Leder ist völlig verfehlt. Gerade mit Rücksicht auf die Portefeuille-Industrie ist der Zoll für die Schaf- und Lämmlerleder in Offenbach verwendet werden, auf dem Satz von 36 M. belassen. So wird gegen Zoll-erhöhungen gekämpft, die gar nicht vorgenommen sind. Aber der „Vorwärts“ und die socialdemokratische Presse erhalten Stoff, um ihre Rubrik „Zollwucher-Proteste“ zu füllen. Eine solche Agitation richtet sich doch selbst.“

Sehen wir einmal zu auf welcher Seite die von dem Schweinburg-Blatt behauptete „bodenlose Unkenntnis“ des Zolltarifes und der Verhältnisse der Portefeuille-Industrie vorhanden ist.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ erklären, daß für die Portefeuille-Industrie das zu verarbeitende Material nicht durch Zollserhöbungen verteuert worden sei. Nun, die Position 553 des Tarifentwurfes erhöht den Zoll auf Häute von Fischen und Kriechtieren von 36 auf 50 M. Aus Schlangenhäuten und Kriechtieren werden aber zahlreiche Artikel der Portefeuille-Industrie, als Reisetaschen, Portemonnaies, Cigarrentaschen, Gürtel und Rahmen angefertigt! Das Schweinburg-Blatt weiß ferner nicht, daß der Zoll für Ziegen- und Felleleder (mit Ausnahme des Handtaubleders und des lackierten Leders) von 36 auf 80 erhöht werden soll, ferner für Schaf- und Lämmler — mit den gleichen Ausnahmen — von 18 auf 36 M! Der größte Teil der Portefeuille-Artikel wird aber jetzt aus Ziegen- und Wollleder angefertigt. Außerdem wird es jedermann begreifen, daß wenn die Gerbstoffe im Zoll erhöht werden, auch die geerbten Felle und Häute künstlich verteuert werden.

Ferner sei uns die Anfrage gestattet, ob die „Berl. Pol. Nachr.“ denn gar nichts von Zollserhöhung auf Seide und Seidengewirne wissen,

die in der Portefeuille-Industrie vielfach zum Abfätrern verwendet wird, von der Zollserhöhung auf Baumwolle-Gewebe nicht erst zu sprechen.

Das Organ des Herrn Schweinburg erwies sich also selbst den besten Dienst, wenn es künftig bei Dingen, von denen es nichts versteht, den Mund etwas weniger voll nähme, da der Vorwurf bodenloser Unkenntnis leicht auf es selbst zurückprallen kann.

### Die Peltiger Sternwarte gekauft?

Im „Berl. Tageblatt“ lesen wir: „Die Instrumente der Peltiger Sternwarte sind, wie wir erfahren, nicht als Kriegsbeute nach Potsdam gebracht worden, sondern sie sind von der deutschen Regierung durch ihren Gesandten in Peking nach der Uebernahme der chinesischen Hauptstadt angekauft worden. Die Kaufverhandlungen wurden freilich erst legal, als der Vizekönig von Petchili, Li-Hung-Tschang, daselbst eintraf. Die chinesische Regierung wollte daraufhin mit den Instrumenten dem deutschen Kaiser ein Geschenk machen, doch ist, soweit wir wissen, eine derartige Gabe vom Kaiser Wilhelm abgelehnt worden.“

Man wird abwarten müssen, ob sich diese Nachricht bestätigt. Die einfache Versicherung des Woffe-Blattes, daß es bei der Uebernahme der Gegenstände völlig zweifelsohne zugegangen sei, genügt selbstverständlich nicht. Selbst aber, wenn, was wir einstweilen noch für fraglich halten, die Instrumente käuflich erworbenes Gut und keine Kriegsbeute darstellen, so wäre noch Auskunft darüber zu geben, wer denn die Instrumente bezahlt hat und wann der Kauf erfolgt ist und wieviel für die 26 000 Kilogramm kunstgewerblicher Arbeit so hervorragend kulturhistorischen Wertes gezahlt worden sind. So lange das nicht geschehen ist, klingt die ganze Mitteilung nach allen Seiten hin sehr ungläubhaft.

**Ein neuer Finanzskandal.** Aus Breslau wird gemeldet: „Der Direktor Schostag von der Reederei vereiniger Schiffer, Aktiengesellschaft, verübte Selbstmord. Er hatte Konnossemente in bedeutender Höhe über nicht vorhandene Waren fingiert und in Hamburg lombardiert. Die Kurse der Aktien wurden an heutiger Börse sofort gestrichen. Heute nachmittag ist der Ausschussrat zusammenberufen.“ Die Betrügereien sollen recht erhebliche sein.

## Ausland.

### Der Krieg in Südamerika.

Trotzdem bereits seit mehreren Wochen der Streit zwischen Columbien und Venezuela, der nunmehr den Charakter eines regulären Krieges angenommen hat, die Aufmerksamkeit auf sich lenkte, ist über die eigentlichen und tieferen Ursachen des Konflikts noch immer kein volles Licht verbreitet. Schon darüber, welche Seite denn eigentlich den Krieg begonnen, gehen die Lesarten auseinander. Nach der Darstellung der columbischen Regierung ist das Haupt der venezolanischen Regierung, der Präsident oder Diktator Castro, der schuldige Teil. Die Unsicherheit seiner Position, die Gährung im Innern veranlassen ihn, nach allgemeinem politischen und spezifisch südamerikanischen Rezept mit einer andren Nacht Handel anzufangen. Den Vorwand dazu gab ihm die Insurrektion venezolanischer Revolutionäre unter Dr. Garbino, die von der columbischen Grenze ausging. Castro erklärte diese Insurrektion schuldig für eine columbische Invasion, und der casus belli war gefunden.

So die Darstellung von columbischer Seite. Die venezolanische Darstellung ist wesentlich anders. Danach handelte es sich bei der Aktion des Dr. Garbino wirklich um den Einbruch columbischer Mannschaften, der von der columbischen Regierung in der Absicht unternommen worden war, den Präsidenten Castro zu stürzen und die venezolanische Gegenpartei aus Ruher zu bringen. Welche dieser beiden Darstellungen nun auch die richtige sei: jedenfalls scheint soviel festzustellen, daß es sich bei dem Kriege nicht um den Ausbruch nationaler Konflikte handelt, sondern um den Kampf von Parteien. Um nationale Konflikte kann es sich schon deshalb gar nicht handeln, weil die Bevölkerung der beiden Nachbarstaaten derselben romanisch-indianischen Mischrasse angehört und früher, nach der Abschüttelung der spanischen Herrschaft, sogar eine Zeitlang einen einzigen Staat bildete. Daß es sich um Parteikämpfe, um den Kampf um Regierungssysteme handelt, geht auch schon daraus hervor, daß die in Columbien eingebringenen venezolanischen Truppen zahlreich durch columbische Ueberläufer unterstützt werden.

Die Sache ist die: Die Regierung von Columbien ist konservativ-liberal, während Präsident Castro den Repräsentanten einer liberalen Regierung darstellt. Im Oktober 1900 hatten die columbischen Liberalen eine Revolution gemacht, die zwar die konservative Regierung nicht zu stürzen vermochte, die andererseits aber auch von der Regierung nicht völlig niedergeschlagen werden konnte. Die liberale Partei hat jetzt mit Castro gemeinsame Sache gemacht, um die konservative Regierung zu stürzen. So erklärt es sich denn auch, daß der Krieg ohne eigentliche Kriegserklärung eröffnet wurde und daß Castro die Proklamation erließ, nicht gegen das columbische Volk, sondern nur gegen die Regierung von Columbien zu kämpfen. All das löst freilich noch nicht die Frage, welche Partei die Feindseligkeiten eröffnet hat. Die columbische Regierung erklärt das Vorgehen Castros für eine freche Einmischung in interne columbische Verhältnisse, während umgekehrt Castro behauptet, daß die Regierung in Bogota durch freche Unterstützung konservativer Revolutionäre die liberale venezolanische Regierung habe stürzen wollen. Vermutlich tragen beide Teile die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges. Daß die columbische Regierung nicht die gedrückte Unschuld ist, für die sie sich ausgibt, behauptet ein unläuglich von der „Morning Post“ veröffentlichter Brief eines Südamerikaners, der ein gut Teil der ewigen südamerikanischen Wirren auf die unerträgliche Herrschaft des Merkantilismus zurückführt, der momentan in Bogota das Heft in Händen hat. Wenn die Amerikaner nicht in der Regierung seien, so seien sie Verächter, wenn sie die Macht hätten, Tyrannen und Unterdrücker. In Columbien hätten die Amerikaner während der 15 Jahre, seitdem sie das Heft in den Händen hätten, die fürchterlichste Mißwirtschaft geführt. Sie hätten die Finanzen völlig ruiniert, keine einzige Eisenbahn gebaut, die öffentlichen Wege und Werke vernachlässigt und mit saulenzenden Mäusen und Ratten das Land überdeckt. Daß der Merkantilismus, der schon in Italien und Spanien solches Unheil anzurichten vermag, in den südamerikanischen Ländern vollends als Kulturhemmnis auftritt, erscheint glaubhaft genug. Allerdings darf man nicht in das Extrem verfallen, umgekehrt die „Liberalen“ als Träger aller kulturellen Eigenschaften zu betrachten. In jenen Ländern, wo das allgemeine Bildungsniveau ein noch so niedriges ist, spielt das nackte materielle Interesse eine noch viel brutaler Rolle, als in fortgeschrittenen Staaten. Die Parteikämpfe drehen sich dort noch viel unerbittlicher nur um den Kampf um die Macht, die Ausbeuterprivilegien, um die Futterkrümpe. Trotz des Mangels ethischer Poise kann freilich trotzdem der Kampf der Liberalen gegen den Merkantilismus in historischen Sinne als Kampf um den Fortschritt der Kultur gelten.

Bekanntlich haben die Vereinigten Staaten ihr lebhaftes Interesse an der Entwicklung des südamerikanischen Konfliktes bewiesen und ihre Friedensbemittelung angeboten. Man hält es sogar nicht für ausgeschlossen, daß die Union unter Umständen in den Krieg eingreifen könnte. An Vorwänden zu einer solchen Intervention fehlt es nicht. Besteht doch noch ein vor 60 Jahren geschlossener Vertrag, wodurch die Vereinigten Staaten sich verpflichteten, den Besitzstand Columbians nicht antasten zu lassen. Es könnte also den Vereinigten Staaten einfallen, unter Berufung auf diesen freilich etwas antiquierten Vertrag Venezuela im Falle des Sieges daran zu hindern, sich Gebietsteile anzueignen.

Aber es könnte noch eine andre Ursache zum Einschreiten der Union eintreten. Die Vereinigten Staaten erheben schon seit langem einen Anspruch auf den Isthmus von Panama. Seit-

# Der Boeren-Krieg.

## Kurzung des Haager Schiedsgerichts.

Die „Independance Belge“ in Brüssel veröffentlicht den Wortlaut einer amtlichen Zuschrift, welche von den bevollmächtigten Delegierten Transvaals und des Orange-Freistaates Dr. Leyds, Wessels, Bolmarans und Fischer am 10. September an den Schiedsgerichtshof im Haag abgegangen ist. Die Delegierten verlangen hierin nochmals, daß die Streitigkeiten, welche den Krieg in England veranlaßten, durch schiedsgerichtliches Urteil geregelt werden.

Das Schiedsgericht wird auch diesmal durch Erklärung seiner Unzuständigkeit das Zugeständnis seiner absoluten Bedeutungslosigkeit machen.

Für schiedsgerichtliche Beilegung des Konflikts erklärte sich übrigens auch das Konventikel der utopischen Friedensfreunde, der „Friedenskongreß“, der gegenwärtig in Glasgow tagt.

Der „Frankf. Ztg.“ wird von dort gemeldet: In der gestrigen Sitzung des Friedenskongresses ergriff W. Z. Stead das Wort, um in leidenschaftlicher Rede für eine große populäre Agitation für die Beendigung des Krieges in Südafrika durch ein Schiedsgericht einzutreten. Stead sagte, Krüger habe auf den Anrufen um ein Schiedsgericht gebeten und England habe es immer hochmütig abgelehnt. Stead schlug eine Resolution vor, worin gesagt wird, ein Staat, der im Falle eines Krieges das Schiedsgericht verweigere, solle aus der Zivilisation exkommuniziert werden (!) und jeder Gottesdienst in einem solchen State solle mit einer Huhandacht beginnen (!). Der Sekretär des Kongresses fand die Worte Stead zu stark, obwohl er mit seinen Ansichten übereinstimme. Er war dagegen, daß die Frage des südafrikanischen Krieges überhaupt auf dem Kongreß zur Sprache gebracht würde. Dr. Quibde aus München ergriff das Wort und dankte Stead dafür, daß er diese brennende Frage zur Sprache gebracht habe, doch sagte er, er könne als Ausländer nicht für die Resolution stimmen, da es eine pharisäische Ueberhebung wäre, wenn ein Land das andre verurteilen wolle, das eben so hoch steht. Als Deutscher würde er in Deutschland dieselbe Resolution stellen, aber nicht als Ausländer in England, weil es in Deutschland Leute gibt, die im gleichen Maße ebenso haubdinitisch handeln würden. Ingleich verwandte sich Quibde dagegen, daß die Nichtbilligung des südafrikanischen Krieges seitens der Deutschen in Reid und Wighamst gegen England wurzeln und betonte, daß alles Große, was England hervorgebracht habe, in Deutschland Bewunderung und Würdigung finde. Es gelangte alsdann folgende Resolution zur Annahme. Ein Staat, der im Falle eines Krieges die vier Arten eines friedlichen Ausgleichs, welche die Haager Konferenz geschaffen hat, ablehnt, verliert damit den Anspruch darauf, als zivilisierter Staat angesehen zu werden, und jeder Bürger, welcher bewußt dieses Verhalten seiner Regierung billigt, teilt diese Schuld der Regierung.

Man sieht, die Absichten der bürgerlichen Friedensstapisten sind ja ganz schön, nur ihre Vermählungen, ihre Friedensideale zu realisieren, sind ausnehmend kindlich.

## Bedrohung Natal durch die Boeren.

Ein Telegramm der „Times“ aus Pretoria besagt: Die Boeren sind in der vergangenen Woche in Ost-Transvaal sehr thätig gewesen. Sie konzentrierten sich am Christie-See und um Amsterdamb, offenbar um in Natal einzufallen.

## Zur Ehrenrettung der Konzentrationslager.

wird den „Times“ aus Pretoria vom 12. September gemeldet: Bei einer Zusammenkunft, die zwischen dem General Blood und dem Boerenführer Wilsjoen am 25. August in Lydenburg stattfand, schlug Blood dem Boerengeneral vor, eines der Konzentrationslager zu besuchen, damit jeder Zweifel der Boeren über die Verwaltung der Konzentrationslager und der Prinzipien der Engländer bei der Kriegsführung beseitigt würde. Wilsjoen lehnte für seine Person diese Einladung ab, beauftragte aber seinen Lieutenant Malan von der Staatsartillerie mit der Besichtigung. Malan erschien am Mittwoch im Lager von Middelburg, wo 7000 Personen, Männer, Frauen und Kinder, konzentriert sind. Er führte die Besichtigung ohne Begleitung aus, besaßte so viele Flüchtlinge als er nur konnte, und erklärte dann, er habe alle zufrieden gefunden, und nichts Besonderes habe den Flüchtlingen gefehlt. Die einzige Klage betraf das Fleisch; es ist aber dasselbe, wie dasjenige, welches die englische Garnison und die Bewohner von Middelburg erhalten; freilich ist es minderwertig, da für das Vieh jetzt kaum Weide vorhanden ist. Malan erklärte, er sei angenehm überrascht, und kehrte dann am Nachmittag nach Velfort zurück, um sich zu Wilsjoen zurückzugeben.

Eine Bestätigung dieser anmutigen Erzählung von Boerenseite würde ihre Glaubwürdigkeit entschieden erhöhen!

## Partei-Nachrichten.

**Zum Parteitag.** Eine Parteiverammlung in Stuttgart, die zur Besprechung der Aufgaben des Parteitags einberufen war, beschloß sich sehr eingehend mit der Angelegenheit der Hamburger Accordmaurer. Nach ziemlich erregter Diskussion, in der von einigen Rednern der Sühnespruch heftig angegriffen wurde, lehnte die Versammlung mit 59 gegen 46 eine Resolution ab, die sich auf den Standpunkt des 2. Hamburgischen Wahlkreises stellte. Dafür wurde mit großer Mehrheit folgendes beschlossen: „Die heutige Parteiverammlung erblüht in dem Entschluß des Schiedsgerichtshof in Sachen der Hamburger Accordmaurer einen Festbescheid und erwartet vom nächsten Parteitag eine Revision desselben; sie wünscht ferner, daß durch entsprechende Abänderung unseres Organisationsstatuts eine Wiederholung derartiger, für die Partei schädigender Vorkommnisse verhindert werde.“

In Parteiverfassungen des 6. und 8. sächsischen Reichstags-Wahlkreises, die gleichfalls über die Angelegenheit verhandelt, wurde eine Beschlußfassung abgelehnt.

**Abermals Accordmaurer vor einem Parteiform.** Der sozialdemokratische Verein für Aktiona verhandelte, wie im „Hamburger Echo“ berichtet wird, einen Antrag seines Vorstandes, der den Ausschluß der Mitglieder W. Knorr, E. Iversen, G. Mahler und C. Stüven wegen Vergehens gegen § 9 des Vereinsstatuts bezweckte. Die Gemachten sollen den Jweden des Vereins zuwider gehandelt haben, indem sie Streikbruch beziehungsweise Disziplinbruch und Organisationsbruch begangen haben sollen. C. Stüven, der früher Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins gewesen ist und zu den Accordmaurern gehört, verteidigte sich gegen die von mehreren Genossen gegen ihn erhobenen schweren Beschuldigungen ganz energisch und behauptete, er arbeite nur deshalb in Accord, um seine Arbeitskraft teuer zu verkaufen als in Tagelohn. Daß er sich sonst erlos benommen habe, wies er zurück. Von verschiedenen Rednern wurde unter Aufhebung von Thatsachen ausgeführt, daß seine Entschuldigungswände nicht stichhaltig seien und daß er beziehungsweise die Interessen seiner Arbeitsgenossen und die der Partei und der Gewerkschaft verletze. Schließlich wurde der Ausschluß der vier genannten Mitglieder mit großer Majorität von der Versammlung votiert.

**Unter falscher Flagge.** Die „Bergarbeiter-Zeitung“ erzählt ihren Lesern in einem langen Artikel, die Parteigenossen in Bochum hätten in ihrer Kreisversammlung sich gegen die Auffassung des Bergarbeiter-Industriellen Peter Rals als Kandidaten für den Wahlkreis Bochum ausgesprochen, weil dieser ein Vertreter der Zentralität der Gewerkschaften (Zentralitäts-Duiseler) sei. Diese Behauptung ist nach jeder Richtung falsch. Gegen die Kandidatur des Rals wurde geltend gemacht, daß er sich geweiht habe, zur Feier des 18. März eine Rede zu halten, weil dies eine sozialdemokratische Demonstration sei, an der er sich nicht beteiligen könne, da er als Arbeiterkandidat für die nächste Reichstagswahl auch auf die Stimmen der nicht-sozialdemokratischen Arbeiter des Kreises rechnen müsse.

Mit dieser Zentralität, die es sich gerne gefallen ließe, wenn die Sozialdemokratie die Arbeit und Kosten der Wahl übernehme,

während der Kandidat über den Parteien schwebt, wollen unsere Bochumer Genossen nichts zu thun haben, und wir können ihnen darin nur zustimmen.

**German Jung,** der in den letzten dreißig Jahren seines Lebens nur wenigen bekannt war, wurde durch den gewaltsamen Tod, den er durch das Messer eines Franzosen erlitt, zu einem der bestbekanntesten Namen Londons. W. N. Cremer und G. Howell, die alten englischen Mitglieder der „Internationale“, veröffentlichten in der Presse ihre Erinnerungen an den Dahingeshedenen; ebenso wurde der Presse ein interessanter Brief Jungs übergeben, den er kürzlich an den Wahlbeamten von Clerkenwell gerichtet hatte. Der Brief ist in mancher Beziehung das politische Testament Jungs. Viele sozialistische und fortschrittliche Vereine Londons rüsteten sich deshalb, die Verdrigung zu einer großen Demonstration zu gestalten. Da indes die Familie für eine möglichst private und beschleunigte Beerdigung sich ansprach, versammelten sich letzten Montag um 11 Uhr vormittags im Hause des Toten einige Hundert Vertreter des sozialrevolutionären und fortschrittlichen Gedankens, um dem Dahingeshedenen die letzten Ehren zu erweisen. Der „Kommunistische Arbeiterbildungsverein“ (Totenhaus Street 41) sandte 20 Vertreter; die „Sozialdemokratische Föderation“ war durch Herbert Burrows und Quells vertreten, die russischen Flüchtlinge durch Skropoffin und Kherestoff, ebenso waren Franzosen, Italiener etc. anwesend. Die das Haus umgebenden Straßen waren von Massen von Arbeitern und Kleinbürgern gefüllt, die sich versammelten, um dem Toten ihre Achtung auszubringen. Der Sarg war mit zahlreichen Kranz bedeckt, die passende Inschriften trugen, wie zum Beispiel: „Unsern teuren alten Kameraden, der Demokratische Klub von Clerkenwell“; „Seine Genossen von der „Justice“; „Adieu, lieber Waffengenosse im Kampfe für Fortschritt; Du hast nicht vergebens gelebt — W. N. Cremer“; die Postleiferanten Froddham u. Co., für die Jung arbeitete, sandten ebenfalls einen Kranz. Am Grabe sprachen: Burrows, Quells; Weinhardt (Vertreter des „Kommunistischen Arbeiter-Bildungsvereins“) und Matthei im Namen der Franzosen. Rühmlicher Beifall wurde nicht in Anspruch genommen, da Jung Friederich war.

**Die ungrische Sozialdemokratie.** Das Internationale Sekretariat in Brüssel erhält von der Parteileitung der ungrischen Sozialdemokratie einen Bericht, dem wir folgendes entnehmen: Die ersten Anfänge der sozialistischen Bewegung wurden hervorgerufen durch die Partier Kommune; die Bewegung blieb jedoch bedeutungslos bis zum Jahre 1890. Eine systematische Agitation und Organisation beginnt erst mit dem Jahre 1900, in welchem Jahre die Rademonstration in Budapest einen großartigen Verlauf nahm.

Die Agitation wird in Ungarn sehr erschwert durch die geringe Schulbildung des Volkes; 54,56 Proz. der Bevölkerung sind analphabetisch. Das Wahlrecht ist das schlechteste von Europa; nur 55 pro Tausend der erwachsenen Männer besitzen es. Ein Vereins- und Versammlungsrecht existiert nicht; in den Provinzen wurden im letzten Jahre 80 Proz. der Versammlungen verboten, in der Hauptstadt hingegen wurden ziemlich alle erlaubt. Wahlen sind nur alle fünf Jahre; vier Wochen vor der Wahl herrscht Versammlungs-freiheit, die von Seiten der Sozialisten möglichst ausgenutzt wird. Kollekten sind verboten, daher kann die Partei keine großen Summen zusammenbringen; jedoch lehrt sich in letzter Zeit die Partei an dieses Verbot nicht mehr, sondern fordert offen in ihrem Organ zu Geldsammlungen für Parteizwecke auf. Seit 1890 besteht auch eine Gewerkschaftsbewegung; es sind deren jetzt 126 mit 23 608 Mitgliedern vorhanden. Keum von den Gewerkschaften besitzen eigene Organe; es sind das die Schriftleger, Müller, Schuhmacher, Schneider, Konner, Steinarbeiter, Metallarbeiter, Buchbinder und Bäcker usw. Die Partei verfügt über zwei politische Organe. In das Internationale Komitee sind Jacob Weltner und Crust Garani gewählt.

## Politisches, Gerichtliches usw.

— **In 40 M. Geldstrafe** wurde der verantwortliche Redakteur der „Altenburger Volkszeitung“, Genosse Küfer, verurteilt. Er soll durch einen Artikel seines Blattes einen Schugmann beleidigt haben. Auf dem Rathaus in Ronneburg war seiner Zeit einem Cigarrenarbeiter, der zunächst nur einen Teil seiner Steuern bezahlen wollte und den andren Teil später, das Portemonnaie aus der Tasche gestohlen und er selbst dann schwer mißhandelt worden. In der Kritik dieses Vorganges wurde die Beleidigung des Schugmannes gefunden.

## Die Arbeitnehmer der Gewerbegerichts-Beisitzer

hielten in Lübeck während der Tagung des Verbandstages eine gesonderte Konferenz ab. Diefelbe war von 99 Teilnehmern besucht; von diesen waren 25 auf Gemeindefosten und 40 auf Kosten der delegierten; bei 4 Teilnehmern hatten die Gemeinden einen Zuschuß gewährt. Außer den Delegierten war noch der Vorsitzende der Generalkommission, Genosse Legien-Hamburg, anwesend. Ratiffel-Leipzig weist darauf hin, daß, als im Vorjahre die Verbandsversammlung in Mainz stattfand, nur ein ganz geringes Dänkein von Beisitzern erschienen sei. Auf dem damaligen Verbandstage wurde ein Verbandsstatut vorgelegt, welches ein bloß auf ein Jahr angenommen worden sei. Die Organisation der Arbeitnehmer-Beisitzer sei es, die notwendig einer Erörterung bedürfe; zu diesem Behufe sei auch bereits auf der letzten Zusammenkunft eine fünfgliedrige Kommission eingesetzt worden, was jedoch infolge der weiten Entfernungen der Wohnorte der Mitglieder nicht als ein besonders glücklicher Gedanke bezeichnet werden könne. Die Kommission hatte ursprünglich geplant, im nächsten Frühjahr eine Konferenz nach Berlin einzuberufen. Dieser Plan sei hinsichtlich geworden durch die Annahme der Gewerbegerichts-Rolle, die ganz unerwartet gekommen sei. Im Verbandsstatut müsse die Beschränkung aufgehoben werden, daß die Beisitzer kein Stimmrecht haben. Sodann erstattete Redner den Bericht der Kommission. Während der Vertriebszeit seien 482 Korrespondenzen gefaßt worden, 208 Briefe und 64 Karten seien eingegangen, außerdem 38 Jahresberichte und — leider — nur 72 Ortsstatuten. Von 300 ausgegebenen Fragebogen seien nur 150 eingegangen. Leiff-Kürnberg beschränkte, daß sich die Konferenz mit der Organisationsfrage besaße. Stadtrat Rosenfeld in Wülhausen vertrete ja die Ansicht, daß sich die Beisitzer nicht als Arbeiter, sondern als Gewerberichter fähigen sollten, dieser rede also einer Organisation der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Beisitzer das Wort. Ehm-Erlangen schließt sich den Ausführungen des Vorredners an, während Weininger-München entgegengelegter Ansicht ist. Es sei notwendig, daß die Arbeitnehmer-Beisitzer auf dem Verbandstage geschlossen daständen, und deshalb müßten sie sich mit der Tagesordnung desselben beschäftigen. — Ratiffel macht darauf aufmerksam, daß, wenn die Organisationsfrage besprochen werden solle, wohl wenig Zeit für die Besprechung der Tagesordnung des Verbandstages übrig bleibe. — Weber-Kiel hält es für notwendig, daß in das Verbandsstatut Bestimmungen aufgenommen würden, die es den Vorsitzenden nicht mehr erlauben, Delegationen von Arbeitnehmern abzulehnen. — Bringmann-Kösel ist speziell beauftragt worden, anzuregen, daß Klarheit darüber geschaffen werde, wer die Wahl der Delegierten vorzunehmen hat. Redner meint, daß bei einem Ablehnen der Vorschläge der Arbeitnehmer diese kurzerhand den Verband der Gewerbegerichte ablehnen sollten. — Sauer-Ludwigshafen tritt energisch dafür ein, daß die Arbeitnehmer-Beisitzer als vollberechtigt angesehen und demnach auch zu jeder Verbandsversammlung zugelassen werden. — Leiff-Kürnberg ist infolge der Kosten der Meinung, daß nur alle drei Jahre ein Verbandstag abgehalten werden soll. — Schwoppe-Crimmitschau weist darauf hin, daß der dortige Stadtrat der Ansicht huldigt, die Beisitzer hätten nicht die Auffassungskraft wie ein Jurist, und deshalb müßten auch nur die Vorsitzenden zu den Verbandstagen delegiert werden.

Auf Antrag Weininger wird sodann in die Beratung der Statuten eingetreten.

Die Durchberatung der Verbandsstatuten nahm längere Zeit in Anspruch. Beim § 2 beantragt Weber-Kiel, daß das Verbands-

dem sie imperialistischen Projekten nachzogen, muß es ihnen absolut notwendig erscheinen, den mittelamerikanischen Isthmuskanal in ihre Hände zu bringen und ihn nach Möglichkeit durch Befestigungsanlagen zu schützen. Man schreibt nun Castro die Absicht zu, die drei ehemals getrennten Staaten Venezuela, Kolumbien und Ecuador wiederum zu einem Staatsgebilde verschmelzen zu wollen. Da bei den Absichten der Union auf die Landenge von Panama, die kolumbischer Besitz ist, eine solche Einigung und Stärkung der drei Republiken kaum im Interesse der imperialistischen Pläne der Vereinigten Staaten liegen dürfte, wäre es also nicht ausgeschlossen, daß dieselben intervenierten. Amerikas Eingreifen in Sachen Cubas beweist den Grad einer weltpolitischen Energie. Nebenbei hat sich die Union ja bereits wiederholt in südamerikanischen Angelegenheiten eingemischt. So, allerdings erfolglos, 1890 im Kriege zwischen Chile und den verbündeten Staaten Peru und Bolivien. Und noch im Jahre 1895, bei einer Revolution gegen den damaligen kolumbischen Präsidenten Rumez, entsandte die Union ein Geschwader nach Colon, wo Truppen gelandet und mehrere Insurgentenführer gefangen genommen wurden. Wie sich Amerika zu dem Krieg stellen wird, wird wahrscheinlich erst von dessen Verlauf abhängen, immerhin ist die imperialistische Kundgebung beachtenswert, die der Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Roosevelt, anfangs dieses Monats veranfaßt hat, indem er ausführte, daß die Vereinigten Staaten nicht davor zurückschrecken dürften, ihre Rolle unter den großen Nationen zu spielen und die entsprechenden Pflichten auf sich zu nehmen. Die Vereinigten Staaten beabsichtigen nicht, eine Politik des Angriffes eines amerikanischen Staates auf Kosten eines andern zu favorisieren.

In den beiden kriegsführenden Staaten ist auch Deutsch-land durch Beteiligung am Handel und investiertes Kapital nicht unerheblich vertreten. In Kolumbien soll der dritte Teil des Handels sich in deutschen Händen befinden und die Summe des beweglichen deutschen Kapitals 100 Millionen Mark weit übersteigen. Der Verkehr auf dem Magdalenastrom werde durch deutsche Dampfer besorgt und die 80 deutschen Firmen im Lande hätten sogar einen eignen Postdienst organisiert, dessen sich auch die Einheimischen mit Vorliebe zu bedienen pflegten. Neben die Rolle des deutschen Handels und des deutschen Kapitals in Venezuela machen die deutschen Konsulate in San Christobal und Maracaibo ähnliche Angaben. In beiden Städten liege der Aus- und Einfuhrhandel fast vollständig in den Händen von Deutschen.

Die deutschen Uebersee-Politiker verfolgen deshalb die Haltung Amerikas mit Spannung und sehr gemischten Gefühlen. Einerseits, betonte kürzlich die „Kreuz-Ztg.“, sei ja nicht zu leugnen, daß es in wirtschaftlicher Beziehung für Südamerika ganz gut wäre, wenn die Pankees dort einen „Play an der Sonne“ bekämen, die Schiffe beständen in einem ungeheuerlichen Ausmaß der Pankees-Macht; besonders in wirtschaftlicher Beziehung würde ein Krieskörper geschaffen, der unsern Kontinent, den alten, in bereits absehbarer Zeit erdrücken müßte. Wenn also auch für Südamerika das Bestehen einer Macht, die auf Ordnung sähe, erwünscht wäre, so dürfte man doch die Augen nicht verschließen vor — der panamerikanischen Gefahr!

Die „Rhein-Ztg.“ stellt unlängst sogar die Forderung auf, Deutschland müsse die Führerschaft unter den großen europäischen Kulturstaaten im Kampfe gegen den nord-amerikanischen Imperialismus übernehmen. Für Deutschland bedeute eine ausschließliche Realisation Südamerikas unter dem Sternbanner den Verzicht auf eine künftige Weltmachtstellung. Eine solche sei ohne den Besitz größerer wirtschaftlich und geistig dem Reich ausgeglichener für seine Erzeugnisse wie seine überschüssige Bevölkerung ausnahmefähiger Gebiete geradezu undenkbar.

Wie man sieht, fehlt es nicht an Leuten, die am liebsten Deutschland, das sich eben erst in China eine Niederlage geholt, kopfüber in ein amerikanisches Abenteuer stürzen möchten. Zum Glück ist Amerika nicht das wehrlose Kolon wie China, so daß unsere Weltpolitiker wohl oder übel einweisen die Regelung der amerikanischen Angelegenheiten Amerika selbst überlassen müssen.

Auch für die Vereinigten Staaten wird es übrigens kein Kinder-spiel sein, die beiden Staaten ohne weiteres in die Tasche zu stecken. Sind dieselben auch militärisch schwach und selbst nicht einmal fast bevölkert — Kolumbien zählt circa 2 1/2, Venezuela circa 2 1/2 Millionen Einwohner — so handelt es sich doch immerhin um entwicklungs-fähige Länder und um eine Bevölkerung, die sich die Bevormundung durch eine fremde Ration auf die Dauer schwerlich gefallen lassen würde.

## England.

**Dublin, 18. September.** Zwei Mitglieder des Stadtrates, welche gestern in einer Versammlung gegen den süd-afrikanischen Krieg heftige Reden führten und beleidigende Worte gegen den König und die Regierung ausstießen, wurden von dem die Versammlung überwachenden Beamten festgenommen. Die Versammlung wurde aufgelöst.

## Spanien.

**Saragossa, 18. September.** Drei jugendliche Anarchisten, welche in letzter Zeit sich wegen ihrer antimilitarischen Antriebe bemerkbar gemacht haben, wurden gestern in dem Augenblicke verhaftet, als sie einen nach der französischen Grenze abgehenden Zug besteigen wollten.

## Rußland.

### Gegen die Arbeiterbewegung.

Die in London erscheinenden russischen „Bulletin“ veröffentlichten in der Nummer vom 1. d. Mts. folgendes russische Dokument:

Zur Kenntnisnahme der Herren Besitzer und Verwalter von Fabriken.

Der Herr Minister des kaiserlichen Hofes hat am 14./27. Juni 1901 unter Nr. 4069 befohlen, ein billiges Volksbuch zu drucken, um es unter den Fabrikarbeitern zu verbreiten. Diese Schrift ist bestimmt, die Arbeiter zu beruhigen, die gesetzliche Ordnung und den normalen Gang der Arbeiten zu erhalten, die Arbeiter von Verwirrungen und Exzessen abzulenkten, die infolge von Gerüchten und falscher Beurteilung der obrigkeitlichen Gewalt vorkommen oder vorzukommen können.

Es empfiehlt sich, dieses Buch in möglichst großer Anzahl von Exemplaren unter der Dorfbevölkerung und unter den Fabrikarbeitern zu verbreiten. Die verlangten und empfangenen Exemplare sollen am nächstfolgenden Feiertage und unter möglichst feierlichem Aufwand zur Verteilung an alle Arbeiter, Kinder und Frauen nicht ausgeschlossen, gelangen.

„Ein gutes Wort an das russische Volk.“

Ein Wert religiös-sittlichen Inhalts, welches von hochpatriotischem Geist durchdrungen und mit Seligkeit des Vortrags ihrer kaiserlichen Majestäten versehen ist.

Preis: Für 15 Exemplare 1 Rubel, 30 Exemplare 2 Rubel, 50 Exemplare 3 Rubel, 100 Exemplare 5 Rubel, 500 Exemplare 22,50 Rubel, 1000 Exemplare 40 Rubel, 2000 Exemplare 75 Rubel, 3000 Exemplare 110 Rubel, 4000 und mehr zu 3 Kopelen das Exemplar.

Die Verteilung muß umgehend eingeschandt werden, damit die Ausgabe rechtzeitig zugestellt wird.

Bestellen nach der Anzahl der Arbeiter. Adressieren: Petersburg, Buchhandlung „Korodnaja Polija“ („Volksheute“).

Das Petersburger Komitee der geistlichen Zensur erlaubt, dieses zu drucken.

19./2. Juli 1901.

Zensur Archimandrit Antonin.

Es ist nicht uninteressant, bei dieser Gelegenheit hinzuzufügen, daß die zarische Regierung in den letzten Wochen auch ein anderes Kofalenorgan gegründet hat, nämlich „Der rechtgläubige Osten“ („Pravoslawnij Wostok“), der in Warschau erscheint. Dieses Organ verfolgt äherer Kofalenpolitik.

organ den Weisigern obligatorisch geliefert werden soll, und zwar auf Kosten der Stadt. Seitens verschiedener Redner wird dem entgegengehalten, daß diese Frage in das Ortsstatut gehöre und deshalb bei diesem Paragraphen gar nicht erledigt werden könne. Die Konferenz ist jedoch gegenteiliger Meinung. Ratissel-Weisig schlägt vor, auf dem Verbandstage zu beantragen, daß sämtliche Mitglieder des Verbandes deutscher Gewerbevereine das Verbandsorgan unentgeltlich geliefert werden soll. Nach längerer Debatte wird der Antrag angenommen. Auf Antrag Ratissels wird sodann beschlossen, dem § 5 hinzuzufügen, daß zu dem Ausschuss sowohl ein Arbeiternehmer als auch ein Arbeitgeber-Weisiger hinzugezogen wird. Ratissel hält es für wünschenswert, daß auf die Tagesordnungen der Verbandsversammlungen auch Punkte gesetzt werden, die aus Arbeiterkreisen kommen. Deiningers Wünsche wendet sich gegen die Bestimmung, die unter gewissen Umständen den Ausschluß der Öffentlichkeit bei den Verhandlungen vor Gericht zulassen. Ratissel befürwortet den eventuellen Ausschluß, wenn es sich um Befähigung der Öffentlichkeit handelt. Eine längere Debatte entspinnt sich beim § 12, an der sich Körsten-Verlin, Weber-Niel, Peck-Schwabach, Ratissel, Müller-Frankfurt a. O., Heilmann-Offenbach, Deiningers Wünsche und Häuser-Wiebrich beteiligten. Es wird schließlich ein Antrag Weber angenommen, nach welchem an den Verbandstagen außer den Vorstehenden auch die Weisiger zu gleichen Teilen teilnehmen sollen; die Kosten trägt der Gerichtsbezirk. Die Wahl der Weisiger hat getrennt mittels geheimer Abstimmung stattzufinden. Nach Beendigung der Beratung der Statuten entspinnt sich eine Debatte darüber, wer die Abänderungen auf dem Verbandstage vertreten soll. Es wird schließlich eine Kommission von fünf Personen, bestehend aus Weber, Deiningers, Ratissel, Schramm-Hamburg und Werner-Gera gewählt, die das Rötige zu veranlassen haben. Verlin wird hierauf als Mitglied des neuen Ausschusses gewählt. — Am Dienstagabend fand eine Fortsetzung der Konferenz statt. Ratissel erstattete zunächst den Bericht der am Vorabend gewählten Kommission, nach welchem der stellvertretende Vorsitzende des Verbandstages die Zustimmung gegeben habe, daß, falls die Anträge dem Ausschuss für Durchberatung der Statuten überwiegen würden, den Arbeitnehmern das Recht eingeräumt werden solle, daß sie zu der Abstimmung über die Statuten hinzugezogen, und daß ferner je ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer in den Ausschuss gewählt würden. Hiermit sei die Kommission einverstanden gewesen. Dieses Vorgehen der Kommission wurde sehr scharf kritisiert von Ahrens-Verlin und Leitz-Nürnberg, während Weber-Niel erklärt, daß er als Kommissionsmitglied gegen die Abänderungen gewesen sei. Man einigte sich dahin, daß der Vorsitzende, Stadtrat Nisch, am Mittwoch zu einer öffentlichen Erklärung veranlaßt werden solle. Die hierauf von Ratissel verlesene Abrechnung über die Protokolle der Leipziger Konferenz ergab eine Einnahme von 390,81 M. und eine Ausgabe von 275,60 M.; von dem Saldo von 123,62 M. werden Ratissel 23,62 M. als Entschädigung gewährt und die Leipziger Weisiger beauftragt, die Revision unter Zuziehung eines Kartellbeamten vorzunehmen. An Protokollen sind 2283 Stück ausgegeben worden. In Referenten für die Punkte 2 und 8 der Tagesordnung des Verbandstages wurden Ahrens und Körsten, beide aus Verlin, bestimmt. Hierauf erfolgte Schluß der Konferenz.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Glaschleifer!** In Nr. 213 des „Vorwärts“ sucht die Firma Hedert, Prinzenstr. 32, tüchtige Glaschleifer auf Facetten und Buchstaben. — Hierzu sei bemerkt, daß die bei der genannten Firma in Arbeit stehenden Glaschleifer zur Zeit nicht voll beschäftigt werden, und daß die Leitung des unterzeichneten Verbandes öfter mit der Firma Hedert unterhandelt, weil unsere Kollegen über schlechte Behandlung klagten. Es wurde zwar Abhilfe versprochen, sie scheint aber nicht eingetreten zu sein, denn die Klagen wiederholten sich, und den Beschwerdeführern wurde mit Entlassung gedroht. Es scheint, als wolle die Firma jetzt die Glaschleifer, welche alle dem Verbandsangehörigen, entlassen und dafür andere Arbeitskräfte einstellen. Deshalb möge kein Glaschleifer die Inserate der Firma Hedert berücksichtigen.

Für den Verband der Glasarbeiter  
Paul Wellisch.

### An die organisierte Arbeiterschaft Berlins und der Vororte.

Arbeiter, Parteigenossen! Noch immer befinden sich die organisierten Arbeiter- und Arbeiterinnen im Kampf um die Anerkennung ihrer Organisation. Entgegen den Bestimmungen des vor dem Einigungsamt festgelegten Vertrages holen die Arbeitgeber ihre Arbeitskräfte nicht von dem paritätischen, sondern von anderen Arbeitsnachweisen, um so die jetzt gestärkte Organisation der Gehilfen lahm zu legen. Die Arbeitgeber suchen wohl ihre Preis-erhöhung hoch zu halten, aber die Forderungen der Gehilfenchaft bemähen sie sich mit allen Mitteln zu hintertreiben. Arbeiter, Parteigenossen! Wir rufen eure Hilfe, euer Solidaritätsgefühl an! Unterstützt uns nach besten Kräften. Wenn ihr ein Barbiergehäuf in Anspruch nehmt, so überzeugt euch, ob die dort beschäftigten Gehilfen im Besitz einer Kontrollkarte sind. Dieselbe muß für jeden sichtbar, am Spiegel angebracht sein. Wenn das nicht der Fall ist, so fragt nach der Karte (auf derselben muß jetzt die 37. Woche abgestempelt sein), und wenn keine vorhanden oder sie nicht ordnungsmäßig gestempelt ist, dann m e i d e t s o l c h e G e s c h ä f t e !

In nächster Woche wird eine Liste sämtlicher bohlotierter Arbeitgeber der Arbeiterschaft zugehen.

Als bewilligt zu betrachten ist Kuhmert, Scheidemacherstr. 19.)  
In Nigsdorf sind folgende Geschäfte gesperrt und deshalb von den Arbeitern zu meiden: Pawelsch, Hermannplatz 4. Dreimert, Herfordstr. 37. Knöffler, Sobrechtstr. 8.

Zu Charlottenburg bitten wir zu beachten, daß auf der Kontrollkarte das 9. Feld abgestempelt sein muß.

Gespeert sind folgende Geschäfte: Redmann, Schillerstr. 92. Schmidt, Kantstraße 100. Sants, Rosinenstraße. Nabe, Wilmerdorferstr. 137. Parkeil, Kaiser Friedrichstr. 62. Piest, Wilhelmplatz. Goltz, Schloßstr. 38. Horstmann, Kaiser Friedrichstr. 54. Schröder, Krummestraße. Blazek, Stuttgarter Platz. Delze, Wilmersdorferstraße. Schmeltz, Schillerstr. 43. Vogelsch, Goethestraße 47.

Bewilligt: Wulha, Pefalozzistr. 77 und Kirchstr. 31. Nidel, Radsolger Sniatkowski, Kantstr. 53.

Die Lohnkommissionen der Barbiergehilfen für Verlin und die Vororte.

**Sammelliste Nr. 008195** für die Glasarbeiter ist beim Gastwirt Wolf, Caprivistraße Verlin, verschwunden. Gezeichnet war nach Angabe der Witin darauf nicht.

Das Streikomitee  
Kummelsburg, Ede Kant- und Goethestraße.

### Deutsches Reich.

**Zum Generalstreik der Maschinenmacher** schreibt der „Fachs-genosse“, das Organ des Glasarbeiter-Verbandes:

Die Streikfrage ist noch dieselbe: Keiner der beiden Teile will nachgeben; die Fabrikanten arbeiten mit allen Mitteln, wie sie eben nur dem großen Geldsack und seiner wirtschaftlichen Hebermacht und seinem politischen Einfluß zu Gebote stehen. Daß dabei auch die schädlichsten Mittel mit unterlaufen, versteht sich am Laube, und jeder neue Tag liefert neues Beweise dafür. Aber die Arbeiter lassen sich im Glauben und Vertrauen auf den endlichen Sieg ihrer guten und gerechten Sache nicht beirren; mit bewundernswürdiger Ausdauer und fähiger Reserve spotten sie allen Verlockungen, spotten sie den ausgefallenen Provokationen und Verfolgungen, die von allen Seiten auf sie hereinströmen. Ist ihnen doch gerade dieses Toben der sicherste Beweis, wie schlecht es um die Sache des Unternehmertums bestellt ist.

Als eine der widerwärtigsten und schimpflichsten Erscheinungen in diesem Meienkampfe um ein heiliges Arbeiterrecht muß das Gebahren einer gewissen Sorte von Streikbrechern und Arbeitswilligen empfunden werden. Mit so cynischer Frechheit sind in allen voraus-gegangenen Glasarbeiterstreiks noch nie die Geschäfte des aus-beuterischen Unternehmertums betrieben worden, wie in diesem Streik.

Daß die Lage der Fabrikanten immer kritischer wird, dafür sprechen verschiedene Anzeichen. Alle Oefen sind repariert und zum Teil schon im Antempen begriffen. Aber die waggomweise ein-zutreffenden Russen bleiben aus, und die „man“ hat, werden mit jedem Tage unzufriedener und werfen die Pfeile fort. Die aus-ländischen Glasmacher sind auf dem Posten und weigern sich, für die deutschen Schachtmacher zu schuften. Dem Publikum kommt der Glö, aus Gefäßen zu trinken, von dessen absoluter Herkunft es keine Sicherheit hat; es will aus seinen Gefäßen trinken, die mög-licherweise in — unappetitlichen Winkeln gelagert haben. Dergleichen, überall von den Fabrikanten (i) zu hohen Preisen aufgekauft „Ware“ wird selbst für 2 Pf. das Stück zu teuer. Die Maschinen liefern brüchige Ware, die für die Fabrikanten und Lieferanten flüssiger Substanzen ungeheurer Schaden bringen. Man verlangt auf bisher üblichem Wege hergestellte Flaschen.

**Polizei und Koalitionsrecht im Ostpreußenlande.** Dem elsaß-lothringischen Textilarbeiter-Verband hatte die Regierung die Bedingung auferlegt, nur männliche und großjährige Mitglieder aufzunehmen. Der genannte Verband hat sich — wie bereits mit-geteilt — aufgelöst und seinen Mitgliedern den Uebertritt in den Deutschen Textilarbeiter-Verband empfohlen. Aber auch diese Organisation wird unmehr von den Verwaltungsmaßnahmen des Bezirkspräsidenten, Prinzen Alexander von Hohenlohe-Schillingensfürst in Colmar, heimgeführt.

Dem Vorsitzenden der neugebildeten Filiale des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes in Mülhausen i. El. ist dieser Tage dieses beachtenswerte Schriftstück polizeiamtlich übermittelte worden.

Mülhausen, den 3. September 1901.

Der Herr Bezirkspräsident hat mich mittels Ver-fügung vom 28. v. M. — II 7153 — beauftragt, Ihnen zu er-öffnen, daß die neugründende Filiale des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes der vereinspolizeilichen Genehmigung bedarf. Diese Genehmigung wird davon abhängig ge-macht, daß die Mindestzahl der Mitglieder der Filiale 40 be-trägt und daß in die Satzungen Bestimmungen aufgenommen werden, nach denen die deutsche Reichsbürgerlichkeit, die Groß-jährigkeit und das männliche Geschlecht Voraus-setzungen der Mitgliedschaft sind.

Indem ich Ihnen demgemäß anheime, nach Erfüllung dieser Bedingungen ein Gesuch um Genehmigung der Satzungen der Filiale einzureichen, mache ich darauf aufmerksam, daß bis zur Genehmigung der Filiale Vereinsversammlungen nicht abgehalten werden dürfen und daß bei Zuwiderhandlungen auf Grund der Strafbestimmungen des Gesetzes vom 10. April 1834 eingeschritten werden wird.

Der Kreisdirektor.

(gez.) Dieckhoff.

Gleichzeitig wurde der Vereinswirt Behbecher vor den Polizeikommissar geladen und ihm damit gedroht, daß im Falle der weiteren Ausbildung der Filiale in seinen Lokalitäten auf Grund des oben citierten Gesetzes und gemäß Artikel 294 des fran-zösischen Strafgesetzes gegen ihn vorgegangen werde.

Verbandsfiliale und Lokalitäten sind nun übereinstimmend der Meinung, daß die citierten Strafbestimmungen durch § 152 der Reichs-gewerbe-Ordnung aufgehoben sind. Sie stützen sich dabei auf das Urteil der Strafkammer des kaiserlichen Landgerichts in Reg. vom 1. August 1899, welches in einem ähnlichen Falle, der den Centralverband der Maurer Deutschlands betraf, den Angeklagten unter eingehender Begründung frei-sprach. Die Filiale wird daher weiter tagen, um die von dem Prinz-Bezirkspräsidenten in Colmar in Aussicht gestellte gerichtliche Entscheidung herbeizuführen.

### Inland.

**Verhaftung von Trades-Unionisten.** Aus London wird uns geschrieben: Der Kampf gegen das Gewerkschaftswesen ist auf der Tagesordnung. Sieben Mitglieder des Zweigvereins der Vereinigten Tischlergesellschaft (Amalgamated Society of Carpenters and Joiners) wurden in Luercia verhaftet. Sie werden angeklagt, sich gegen den Tischlermeister Michael Gough verschworen zu haben, der die Forderung der Arbeiter auf Lohnerhöhung nicht bewilligen wollte. Mit anderen Worten: die Arbeiter erklärten den Streik, da man ihnen den Lohn, auf den sie Anspruch zu haben glaubten, nicht zahlen wollte. Außerdem wurde die Tischlergewerkschaft korporativ auf Schadenersatz gerichtlich belangt. Die Klage auf Schadenersatz beruht sich auf die Entscheidung der Lords in Sachen der Taff-Val-Eisenbahn.

## Sociales.

**Die internationale Vereinigung für Arbeitererziehung** hat für ihre am 27. und 28. September in Basel einberufene Versammlung u. a. folgende Punkte auf die Tagesordnung gestellt:

Bericht des Direktors des internationalen Arbeitsamts: Die Aufgaben des internationalen Arbeitsamts.

Begründung des Antrages der österreichischen Gesellschaft für Arbeitererziehung, betreffend die Ausarbeitung eines internationalen Schemas der Ursachen der Betriebsunfälle in den einzelnen Verufen. Wahl einer Kommission II zur Prüfung des Arbeitsprogramms des internationalen Arbeitsamts, des Antrages der österreichischen Sektion, der finanziellen Lage der Vereinigung, zur Festlegung der nächstjährigen Beratungsgegenstände und zur Errichtung von Vor-schlägen in Betreff des nächsten Versammlungsortes.

Berichte der Sektionspräsidenten und Bericht des Präsidiums der internationalen Vereinigung über die Aussichten der Ausbreitung der Vereinigung.

Bericht der Kommission I; Genehmigung der Statuten der Sektionen, Aufnahme der Sektionen in den Verband, definitive Kon-sultierung des Verbandes und des internationalen Komitees.

Delegierte des internationalen Komitees für Deutschland sind: Freiherr v. Berlepsch, Staatsminister, Professor Dr. Lujo Brentano, Gehheimer Hofrat, Professor Dr. Franke, Herausgeber der „Sozialen Praxis“, Arbeitersekretär Sieberts, Dr. Glabach, Landtags-Abgeordneter Dr. Max Ehrlich, Dr. Pieper, General-sekretär des katholischen Volksvereins, Dr. Glabach, Professor Dr. Werner Sombart, Christian Tischendörfer, Lithograph, Pfarrer Lic. Weber, Vorsitzender der evangelischen Arbeitervereine, Dr. Glabach, Ober-Regierungsrat Dr. Wörtschöffer, Vorstand der badischen Fabrikinspektion, Karlsruhe.

**Gegen das Arbeitersekretariat in Gera** hat sich auch der Bezirksausschuss erklärt. Bekanntlich hatte der Stadtrat von Gera, in den Wahlen des Oberlandesgerichts Breslau wandelnd, die Thätigkeit des Sekretärs als genehmigungspflichtige Winkelabvolatur behandelt und verboten. Der Sekretär Kager führte Beschwerde beim Bezirksausschuss und dieser verwarf die Beschwerde. Auf dem Beschwerdewege wird da auch schwerlich ein anderer Entscheid zu er-langen sein. Es sollte eine gerichtliche Entscheidung provoziert werden, um zu hören, wie das Oberlandesgericht Jena darüber urteilt.

**Die Errichtung einer eignen Bäckerei** beschloß der Konsum-verein in Apolda in seiner letzten Generalversammlung.

## Aus der Frauenbewegung.

**Zur Arbeiterinnen-Organisation.** Zu der kürzlich auch von uns gebrachten Mitteilung, wonach die Zahl der organisierten Arbeiterinnen in Frankreich größer sei wie in Deutschland (Deutschland 22 844, Frankreich 43 470) bemerkt das „Korrespondenzblatt der Ge-werkschaften Deutschlands“:

„Um solchen Schätzungen vorzubeugen, müssen wir darauf hin-weisen, daß diese beiden Zahlen überhaupt nicht miteinander ver-

gleichbar sind, da die deutsche Ziffer nur die in den der Genera-l-Kommission angegeschlossenen Centralverbänden organisierten Arbeiterinnen angiebt, während die amtliche Statistik in Frankreich alle möglichen Syndikate umfaßt, die wir in Deutschland als Gewerkschaften kaum anerkennen würden.“

## Verfammlungen.

**Der Wahlverein für den zweiten Reichstags-Wahlkreis** setzte in der am 11. d. Mts. abgehaltenen Versammlung die vor-mehreren Wochen begonnene Diskussion fort, die dadurch veranlaßt worden war, daß die Wahlkommission zu den Anstellungsverträgen der Redacteurs des „Vorwärts“ Stellung genommen hatte, ohne, wie es ein Teil der Parteigenossen wünscht, die Angelegenheit vorher in den Kreisen beraten zu lassen. In der gegenwärtigen Debatte vertrat mehrere Redner die Ansicht, daß die Partei-genossen der Kreise mit Recht Anspruch darauf machen könnten, in allen wichtigen Angelegenheiten, besonders auch bei Anstellungen, mitzureden, ehe die Wahlkommission dazu endgültig Stellung nehme. In der Diskussion wurde auch auf den Verein Arbeiterpresse Bezug genommen. Während einige Redner dem genannten Verein die Erstzuzurechtigung nicht abstreiten wollten, waren andre der Meinung, daß die Partei-Angestellten wohl die Abstellung etwa be-stehender Mißstände fordern könnten, ohne jedoch eine Organisation zu bilden, die man als eine Kampforganiation innerhalb der kämpfenden Arbeiterpartei ansehen müsse. In Gegensatz zu den Vorrednern ver-trat Richard Fischer die Meinung, daß man vom Standpunkt unserer Partei kein Recht habe, sich dagegen zu wenden, daß die Angestellten der Partei sich zur Wahrung ihrer Interessen organisieren. Seien doch ihre Verhältnisse, namentlich in der Provinz, in mancher Hinsicht verbesseungsbedürftig. Bezüglich des Ver-hältnisses der Wahlkommission zu den Parteigenossen sei, meinte der Redner, es gar nicht durchführbar, daß die letzteren in allen Dingen, die sie für wichtig halten, selbst entscheiden. Der Redner führte an Beispielen aus, daß manche recht wichtige Angelegenheiten nur im kleinen Kreise, wo eine gründliche und sachgemäße Durchberatung möglich ist, erledigt werden könnten. Bei der Zusammenfassung von Ausführungs- oder Beauftragungskommissionen möge man die zu Wählenden sorgfältig auf ihre Befähigung für das betreffende Amt prüfen, ihnen dann aber auch die volle und alleinige Ver-antwortung für ihre Thätigkeit überlassen. Daß den Parteigenossen bei wichtigen Dingen durch die Kommission Bericht erstattet werde, sei selbstverständlich, ebenso, daß sie über Fragen allgemeiner Natur zu entscheiden haben.

Der angezeigte Vortrag Fishers wurde von der Tagesordnung abgesetzt, weil die vorstehend skizzierte Debatte den ganzen Abend in Anspruch genommen hatte.

**In Tempelhof** tagte am Dienstag im Lokal des Herrn Holl-wig eine gut besuchte Volksversammlung, in welcher Reichstags-Abgeordneter Zubeil über die Thätigkeit des Reichstages sprach. Redner gedachte zunächst des Unstandes, daß unsere Parteigenossen in Tempelhof bisher kein Lokal zur Verfügung stand, weil jeder Wirt, der seine Räume für uns hergab, alle möglichen Beschränkungen durch die Behörden zu fürchten hatte, so daß es dem Redner erst jetzt zum ersten Male möglich sei, als Abgeordneter des Reichstages seinen Wählern in Tempelhof Bericht zu er-statten. Hierauf gab Genosse Zubeil eine Uebersicht über die politische Lage und über die Haltung des Reichstages gegenüber den im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehenden Fragen. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

An der Diskussion beteiligten sich Frau Thiel und Genosse Schmidt. Letzterer beleuchtete hauptsächlich die Zustände am Ort. Er sagte unter andern, daß er selbst auf Wunsch des Amtsvorstehers, weil er im socialdemokratischen Wahlverein agitatorisch thätig ist, aus der freiwilligen Feuerwehr hinauskomplimentiert wurde. Eine Resolution, die sich mit den Ausführungen des Genossen Zubeil einverstanden erklärte, fand einstimmige Annahme.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Mc Kinleys Zustand.

**Buffalo, 13. September.** Die Aerzte Mc Kinleys sind darüber einig, daß heute Nacht die Krisis eintreten müsse. Sie sind der Hofnung, den Kranken durchzubringen.

**Buffalo, 13. September.** 5 Uhr Abends. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Präsident Mc Kinley liegt im Sterben.

### Grußbenennung.

**Bochnm, 13. September.** (B. Z. V.) Die „Westfälische Volks-zeitung“ meldet aus Bergamen: Im Schacht Grimberg der Zeche „Monopol“ fand auf 1100 f eine Explosion schlagernder Wetter statt, wobei 8 Personen getödet wurden.

### Neun Jahre Gefängnis.

**Frankenthal, 13. September.** (B. Z. V.) Der im April d. J. aus Anlaß seiner gegen Frauen und Mädchen in Ludwigshafen be-gangenen Unthaten verhaftete Ludwig Graf ist wegen schwerer Körperverletzung in zehn Fällen zu neun Jahren Gefängnis verurteilt worden.

### Wolkenbruch.

**Meran, 13. September.** (B. Z.) Ein mit einem schweren Gewitter verbundener Wolkenbruch richtete in der Stadt großen Schaden an. Die Wassermenge erreichte stellenweise eine Höhe von 7 Metern.

### Einberufung des dänischen Reichstages.

**Kopenhagen, 13. September.** (B. Z. V.) In dem heutigen Kabinettsrat setzte der König die Eröffnung des Reichstages auf den 5. Oktober fest.

### Neun Personen verbrannt.

**Petersburg, 13. September.** (B. Z.) Bei einer auf dem Gute Plemanowski bei Balot ausgebrochenen Feuersbrunst sind 9 Knechte und 4 Mägde in den Flammen umgekommen. Mehrere Per-sonen erlitten schwere Verletzungen.

### Energische Schritte des österreichisch-ungarischen Vöschasters gegen die Pforte.

**Konstantinopel, 13. September.** (Meldung des Wiener Tele-graphen-Korrespondenz-Bureaus.) Wie wir bereits gemeldet, unter-nahm der hiesige österreichisch-ungarische Vöschaster Zehr v. Colice bei der Pforte energische Schritte wegen der unvollständigen Aus-führung der in der Angelegenheit des verurteilten Nord-anstalts auf den Gerenten des österreichisch-ungarischen Konsulats in Prizrend gegebenen Zusicherungen. Diese Schritte wurden insbesondere durch die Flucht des Gen darmie-rekapitans Mehmed Juraj, eines Mitschuldigen Schalks, der auf den Gerenten seiner Zeit (sch) hervorgerufen. Ein anderer Mit-schuldiger, der Gendarm Husni Juraj, ist bereits verhaftet worden. Es wurden den Ortsbehörden die strengsten Aufträge er-teilt, sowie ein Bataillon Infanterie und eine halbe Batterie von Meslib in die Umgegend von Djafovo entsandt, um die Verhaftung Mehmed Jurajs vorzunehmen. Gleichzeitig wurde durch Trabe die Uebersiedelung der drei Schuldigen behufs Aburteilung nach Konstantinopel angeordnet.

**Neapel, 13. September.** (B. Z. V.) Der Deputierte Rubiani ist in San Martino Valle Gaubina gestorben.

Zur Frage der Hamburger Accordmaurer.

Vom Genossen Auer erhalten wir folgende Zuschrift: Genosse Hub verlegt sich, nachdem er Thatsachen für seine Behauptung...

Würde nun Genosse Hub, der von sich selbst ja versichert, daß er richtig lesen kann, den Schiedspruch gelesen haben, ehe er sein Urteil in die Welt hinaus schändete...

Im vorigen Jahre wurde zwischen der hiesigen „Bauhütte“ (Arbeitgeber-Organisation) und der Maurerorganisation eine Tarifvereinbarung getroffen, welche die Accordarbeit ausschloß.

Selbst hier in der Anklage wird also das Hauptgewicht schon auf die Vorgänge auf den Bauten, wo in Accord gearbeitet wurde, gelegt.

Das Schiedsgericht hat nun aus den Verhandlungen sowie den beigebrachten sonstigen Beweisstücken festgestellt, daß der Ausgang des ganzen Konflikts sich aus der Differenz über die Beurteilung der Accordarbeit...

Das Schiedsgericht hat weiter festgestellt: „daß in all den in Frage kommenden Fällen es sich um Bauten gehandelt hat, wo der Verband die Sperren verhängte, weil dort entweder in Accord gearbeitet wurde, oder weil Mitglieder der „Freien Vereinigung“ auf diesen Bauten beschäftigt worden sind.“

Erst als diese Feststellungen getroffen waren, hat dann das Schiedsgericht die Frage: „Ist in der „Freien Vereinigung der Accordarbeiter“ ein Beschluß gefaßt worden, dahingehend: sich den Unternehmern in allen Fällen zur Verfügung zu stellen?“ einstimmig verneint.

Die Begründung für dies Nein aber lautet: „Die in der vorstehenden Frage aufgeführte Behauptung stützt sich ausschließlich auf Angaben von Berichten in bürgerlichen Blättern über angebliche Vorgänge in Versammlungen der Accordmaurer.“

Es bleibt also dabei, daß vor dem Schiedsgericht auch nicht ein Schatten von Beweis dafür beigebracht worden ist, daß die Accordarbeiter in anderen Fällen, als da, wo die Sperre wegen Accordarbeit verhängt worden ist, weiter gearbeitet haben.

Wenn weiter Genosse Hub nicht begreifen kann, was der Hamburger Vorgang mit der Neutralität der Gewerkschaften zu thun hat, so stimme ich dem zu. Mit der Neutralität der Gewerkschaften hat der Hamburger Schiedspruch gar nichts zu thun; aber komisch wird es in weiten Parteilreisen empfunden, daß dieselben Leute, die im angeblichen Interesse dieser Neutralität sich forgielert über Bevormundung der Gewerkschaften aus den Reihen der Partei beschwerten, jetzt einen rein gewerkschaftlichen Vorgang vor das Forum der Partei zerten und ein Urteil derselben provozieren.

Ferner geht uns folgender Artikel zu:

Der Ehrbegriff der Arbeiterschaft.

Ist durch den Ausschlußantrag gegen die Hamburger Accordmaurer zu einem sehr umstrittenen Objekt geworden. Ehrlos oder nicht, das ist die Frage, auf die es ankommt, die in der zur Debatte stehenden Angelegenheit von vielen bejahend, aber auch von vielen verneinend beantwortet wird.

grimmigen daß der für Verbesserung ihrer Lage kämpfenden Arbeiter gegen die gefügigen, liebevolleren Kollegen richtig wärdigen, und man muß es für eine durchaus angebrachte Sitte erachten, wenn ehrliche Arbeiter überall, wo sie es ermöglichen können, sich die Gesellschaft solcher Kreaturen nicht gefallen lassen, wenn diese Leute unter der Arbeiterschaft für ehrlos gelten, trotzdem sie es im Sinne der bürgerlichen Rechtsprechung nicht sind.

Dieser Standpunkt hat bisher nicht nur in den gewerkschaftlichen Organisationen Geltung gehabt, sondern auch die socialdemokratische Partei, als vornehmste Vertreterin der Arbeiterinteressen, hat ihn so lange als berechtigt anerkannt und stets solche Mitglieder, die ihre Arbeitswilligkeit über die Solidarität stellten, als ehrlos ausgeschlossen.

Im „Vorwärts“ vom letzten Sonnabend besaß sich nun Genosse Auer bitter darüber, daß man die Mitglieder des Hamburger Schiedsgerichts vielfach als Leute bezeichnet, die vom Gewerkschaftsleben nicht verstehen.

Welche Realität! — Jawohl, Genosse Auer, die Accordarbeit, die an anderen Orten wegen der Schwäche der Organisation wegen der Minderzahl der ganzen Verhältnisse noch nicht beilegt werden kann, zu der an anderen Orten auch die Mitglieder des Maurerverbandes wohl oder übel gezwungen sind.

Die Schädlichkeit der Accordarbeit im Baugewerbe wird wohl von fast allen Seiten zugegeben, wenigstens hat nach Genossen Auer das Schiedsgericht die Schädlichkeit ausdrücklich anerkannt. Also darüber sind wir einig. Aber selbst wenn wir das nicht wären, so müssen wir doch die gewerkschaftliche Organisation der Maurer Hamburgs für kompetent erachten, über diese Frage zu entscheiden.

So glaubte die Maurer-Organisation in Hamburg einen schönen Erfolg erringen zu haben; aber Verrat und Hinterlist hatten sich zusammen, und ihn wieder illusorisch zu machen. Der Feind fand sich in den eignen Reihen, und zwar waren es nicht nur simple Genossen, sondern in Amt und Würden der socialdemokratischen Partei befindliche Personen, die so jämählich an ihren Arbeitskameraden sich vergingen.

Die also erlittenen Kapitalhohnschreie wollten nicht als Unorganisierte frant und frei in der Welt herumlaufen; sie legten sich frant und frei unter der Bezeichnung „Freie Vereinigung“ ein neues Gewand an, und — „der schlauere der Schlowen“, unser verehrter Genosse Auer, fiel prompt auf diesen Schwindel herein.

das Klagegeld über den Terrorismus der Verbandsmaurer auf dem Baumgartenischen Bau, die sogar so weit gingen, die Zimmerer zur Weisheit an der Verteilung der arbeitswilligen Accordmaurer zu verleiten? Höchst schauerhaft! Wie während der Genosse Auer die Kostlage der armen Accordmaurer zu schildern versteht, die allem Anschein nach von vornherein mit der ehrlichen Absicht umgingen, den ganzen Bau in Accord zu nehmen, die den Unternehmer, der als Innungsmitglied die Absicht und die Pflicht hatte, die Maurerarbeiten im festen Lohn auszuführen zu lassen, so lange gedrängt haben, bis er zum Tarifbruch bereit war.

Eine ganz unzutreffende Behauptung stellt der Genosse Auer auf, wenn er meint, daß die Gewerkschaften verlangten, die Partei solle gewissermaßen den Exekutor für sie spielen und ihre Beschäfte unbeschränkt vollstrecken. Das ist keinem vernünftigen — diese Einschränkung muß ich allerdings machen — Menschen eingefallen, und gegen eine solche Herabwürdigung der Partei würde auch ich auf das entschiedenste Front machen.

Also, wie gesagt, oft können Milderungsgründe vorhanden sein, die einen Ausschluß nicht als angebracht erscheinen lassen, aber im Hamburger Fall habe ich solche Gründe nicht finden können. Diese Leute hatten ausreichend Gelegenheit, ihr Brot ehrlich zu verdienen, als sie, gleich dem ersten besten Axtgrößen-Jungen, für ein paar Mark Flechtverdienst die Interessen ihrer Kollegen vertieten.

Solche Mägen kann man vielleicht dem Genossen Auer vormachen, aber keinem im gewerkschaftlichen Kampfe stehenden Arbeiter. Und es wird sich hoffentlich auf dem Parteitag zeigen, daß das richtige Gefühl für Arbeiterehre noch nicht verloren gegangen ist, daß die Partei immer noch die Verpflichtung in sich fühlt, die im Kampfe mit dem übermächtigen Unternehmertum schwere Opfer bringenden Arbeiter in jeder Weise zu unterstützen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Socialdemokratischer Wahlverein zu Schöneberg. Ueber die preussische Politik wie sie ist und wie sie sein soll, wird am Dienstagabend 8 1/2 Uhr Genosse Schubert bei Obst-Reinigerstr. 8, einen Vortrag halten.

Wilmerdorf. Die Parteigenossen und Genossinnen werden ersucht, sich an der am Sonntag stattfindenden Agitations-tour rege zu beteiligen und morgens 8 1/2 Uhr bei Witte, Berlinerstr. 40, zu erscheinen.

Treptow - Baumhulsenweg. Die Parteigenossen werden ersucht, sich Sonntag früh 8 1/2 Uhr zur Flugblattverteilung bei Stauffert, Baumhulsenstr. 84/85 recht zahlreich einzufinden.

Nieder-Schöneberg. Der Wahlverein hält am Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, bei Franz, Grünauerstr. 5, seine Mitglieder-Versammlung ab.

Lokales.

Zur Bürgermeisterwahl.

Stadtrat Kaufmann hat gestern auf die ihm vom Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhans gemachte Mitteilung von seiner Wahl zum zweiten Bürgermeister von Berlin die Erklärung abgegeben, daß er die Wahl mit verbindlichstem Dank für die Ehre und das Vertrauen annimmt.

Die Presse behandelt die Wiederwahl ohne sonderliche Leidenschaft. Allerdings sind die konservativen Blätter mit Eifer bemüht, die Krone, deren Willen ihnen sonst wenig Respekt einflößt, gegen den Berliner Kommunalreformklub scharf zu machen.

Schon die Rücksicht auf das böse Beispiel, das ein Erfolg eigenwilligen Trozes gegen unbestrittene Rechte der Krone geben würde, verbietet in diesem Falle eine Nachgiebigkeit der Krone, welche nicht als verächtliches Entgegenkommen, sondern als Schwäche erscheinen möchte.

gleichsam abtrogen könnten, was diese nach gewissenhafter Prüfung in Rücksicht auf höhere Interessen verlangen zu müssen glaubte."

Die „Voss. Ztg.“, das Organ des Berliner Kommunal-Freiums, ist aber wegen der Bestätigung guter Hoffnung. Sie meint: „Als Zelle zum Oberbürgermeister gewählt werden sollte, entlegten sich einige hohe Beamte und sogar einige Stadtväter und versicherten hoch und heilig, er würde nie bestätigt werden. Und dann wurde er dennoch gewählt, bestätigt und mit der Versicherung des Königs beglückt, daß die Wahl seinen Würdigeren treffen konnte. Wenn jetzt die Bestätigung Kaufmanns erfolgt, wir würden nicht nur diese Genugthuung denen gönnen, die den Mut hatten, die Würde der Selbstverwaltung zu wahren, sondern auch die Bekämpfung denen, die einmal über das andre beteuerten, die Wiederwahl sei nichts als eine leere und gefährliche Demonstration und könne nur zum schwersten Nachteil für die Bürgerchaft ausschlagen.“

Hier spricht natürlich der Widerwille des Spielbürgers gegen einen ernsthaften Konflikt ein Wortlein mit, und daher bemüht die „Vossische Zeitung“ sich sehr im Schweiße ihres Angesichts, Herrn Kaufmann als einen auch der Krone angenehmen Mann zu empfehlen. Sogar das postfaktische Argument, daß diesmal die Socialdemokratie bei der Wahl keine ausschlaggebende Rolle gespielt habe, fehlt in der Anpreisung des freisinnigen Blattes nicht.

Mehr Beachtung als diese Bemühungen verdient am Ende ein Artikel, der sich in dem sonst herzlich unbedeutenden „Kleinen Journal“ befindet. Darin heißt es:

Die würdevolle Art, in welcher Kaufmanns Wiederwahl erfolgt ist, kann auf die abermalige Entscheidung, vor die sich der Monarch gestellt sieht, nicht ohne Einfluß bleiben. Das Urteil von 109 Vertretern der Bürgerchaft kann unmöglich tiefer einzuschlagen sein, als das der Verater der Krone. Man darf getrost behaupten, daß es in der ganzen Welt keinen Vertretungskörper giebt, der in diesen Konflikten mit der Krone mit größerer Bestimmtheit und doch auch mit größerem Decorum eingetreten wäre, als die Berliner Stadtverordneten. Das allein verleiht ihnen ein Recht auf Entgegenkommen. Paris war dem Könige Heinrich schon vor mehreren Jahrhunderten eine Messe wert. Sollte nicht Berlin, das seit dem neuen Kaiserreich an Stelle von Paris der Mittelpunkt der Welt geworden ist, einen Bürgermeister wert sein?

Das als jüdische „Kreuzzeitung“ oft verspottete Blatt soll zu Hoffreien Beziehungen haben und daher kann es nicht wundernehmen, wenn seine Anklagen dahin gedeutet werden, daß oben die Bitterung umgeschlagen habe. Mag dem sein wie ihm wolle, etwas Klügeres als die Bestätigung Kaufmanns könnte die Krone kaum vornehmen. Unser in seinem innersten Wesen doch so pubeltreuer Freisinn würde vor Lohalität ja Purzelbäume schlagen, wenn ihm diesmal sein Wille geschähe.

**Die neue Polizei-Verordnung über die Beschränkung oder völliger Vernichtung des Straßenhandels in Berlin.** Die dem Magistrat zur Ausführung vorliegt, umfaßt sechs sehr kurze Paragraphen. § 1 lautet: „Auf den in der Anlage A näher bezeichneten Straßenzügen und Plätzen ist jeder Straßenhandel sowie das Verteilen von Klebmarken, Geschäftsempfehlungen aller Art, Bekanntmachungen und Ausrufen unterzagt.“ Die Anlage A zählt 95 Straßen und Plätze auf, wo Straßenhandel überhaupt nicht betrieben werden darf; darunter befinden sich die Aderstraße, Andreasstraße, Bergmannstraße, Blumenstraße, Bremerstraße, Chausseestraße, Dorotheenstraße, Dresdenerstraße, Fehmsstraße, Friedrichstraße, Große Frankfurter-, Invaliden-, Kaiser Wilhelm-, Kloster-, Königs-, Krausen-, Kraut-, Leipziger-, Linden-, Lützow-, Markgrafen-, Pauer-, Müller-, Münz-, Neue Friedrichstraße, Oranienstraße, Grüner Weg, Reinoldsdorfer-, Kottbuscher-, Schützen-, Solms-, Steglitzer-, Turm-, Waldemar-, Wangel-, Wörther-, Zimmer-, Jöhener- und andre Straßen, sowie mehrere verkehrsreiche Plätze. Der § 2 hat folgenden Wortlaut: „Auf den in der Anlage B näher bezeichneten Straßenzügen und Plätzen ist es untersagt, den Straßenhandel unter Jubilienahme von Fuhrwerk aller Art (einschließlich Handwagen, Hundewagen und Schublaren) auszuüben. Behältnisse (Körbe, Kisten u. a. m.), die daselbst zur Ausübung des Straßenhandels benutzt werden, dürfen nur so groß sein, daß sie von einer Person bequem gehandhabt werden können.“ § 3. Das Verbot erstreckt sich sowohl bei § 1 wie bei § 2 zugleich auf die einmündigen Straßenzüge und Plätze in einer Entfernung von 30 Meter, von jedem Punkte der unter diese Paragraphen fallenden Straßenzüge und Plätze ab gerechnet und nach jeder Richtung hin gemessen. § 5. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden nach § 306 Nr. 10 des Str.-G.-B. für das Deutsche Reich vom 26. Februar 1876 mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft. § 6. Diese Verordnung tritt am 1. September 1901 in Kraft. Der § 4 erteilt der Polizei die Befugnis, hinsichtlich der unter § 1 fallenden Straßen und Plätze für den Handel mit Blumen und Schriften in beschränktem Umfange, dem Bedürfnis entsprechend, Ausnahmen zu gestatten. In der Anlage B sind 211 Straßen und Plätze genannt, auf denen der Straßenhandel nicht unter Jubilienahme von Fuhrwerk betrieben werden darf. Diese alle anzuführen würde zu weit führen. Es sind ebenfalls verkehrsreiche Straßen, wie Alexanderstraße, Behren-, Bellealliance-, Breite-, Brunnens-, Bülow-, Frucht-, Gertraudens-, Holzmarkt-, Jerusalemer-, Karl-, Kurfürst-, Lange-, Reander-, Pringens-, Ritter-, Rob-, Wienerstraße, Unter den Linden usw.

Kann darf wohl annehmen, daß der Magistrat die Ansicht der Gewerbeverwaltung teilt und seine Zustimmung zu einer Polizeiverordnung verweigert, die, wie die Dinge heute liegen, zahlreiche Existenzen dem Elend überantworten würde.

**Zur Regelung des Begräbniswesens in Berlin** und den Vororten wird vom Kultusministerium eine besondere Kommission eingesetzt werden. Man berichtet darüber: Die Weigerung verschiedener Vorortgemeinden, die Anlage von Kirchhöfen in ihren Gemeindefluren zu gestatten, hat hierzu Veranlassung gegeben. Es besteht die Absicht, der Stadtynode für alle zu ihrem Bezirk gehörenden Gemeinden die Regelung der Kirchhoffrage zu übertragen. So sind mit der Stadt Schöneberg Verhandlungen angeknüpft, welche auf den Erwerb der Schöneberger Kirchhöfe durch die Stadtynode abzielen. Letztere wird auch die Sorge für die Anlage neuer Kirchhöfe den politischen Gemeinden abnehmen und hält bereits Umschau nach für größere Friedhöfe geeigneten Ländereien. Auf das Terrain in Rudow ist verzichtet worden. Es sind indes der Stadtynode mehrere Terrains im Westen, von denen eines für einen neuen Schöneberger Kirchhof in Betracht käme, und erneut das schon früher in Aussicht genommene große Gelände in Stahnsdorf zum Kauf angeboten worden.

Es liegt natürlich Liebend in dem Streben, das Begräbniswesen zu einem kirchlichen Akt zu gestalten, und daher gehen dem Geistlichen kommunale Friedhöfe, die ohne Unterschied der Religion Tote aufnehmen, wider den Strich. Die politischen Gemeinden handeln zum Besten der Bevölkerung, wenn sie dem Streben der Synoden Widerstand entgegen setzen und ferner aller Mühserei zum Trotz die hygienisch einwandfreieste Art der Bestattung im Auge behalten, nämlich die Feuerbestattung.

**Zum Milchriege.** Wie ein Vertreter des Milchringes im Vädernmeisterverein „Schwefel“ erklärte, plante der Ring, angesichts der Schwierigkeiten, welche die Milchhändler seinen Bestrebungen machen, die möglichst direkte Lieferung an das konsumierende Publikum unter Ausschaltung des Zwischenhandels. Den Konsum- und Rabatt-Sparvereinen soll überhaupt Milch nicht geliefert werden, eine Maßnahme, durch welche der Ring dem Mittelstande sein Entgegenkommen beweisen will. Trotz dieser Ausführungen erklärten sich die Versammelten gegen die Milchpreishöhung. Im Vädernmeister-Verein Moabit wurden dem Milchring gegenüber noch härtere Töne angeschlagen. Vädern-

meister Wolf betonte, wenn der Ring erst das Lieferungsmonopol besitze, könne man sich auf weitere Preissteigerungen gefaßt machen. Es wurde beschlossen, gemeinsam mit den Milchhändlern den Bestrebungen des Milchringes entgegenzutreten.

**Der Kindesmord,** der am Abend des letzten Mittwoch von einem Coupé eines Ringbohnzuges auf der Strecke Pankitzstraße-Weidling ausgeführt wurde, beschäftigt sehr lebhaft die Kriminalpolizei. Es ist festgestellt, daß das ermordete Kind männlichen Geschlechts an jenem Mittwoch selbst kurz vor der Tat zur Welt gekommen sein muß. Die unnatürliche Mutter hat es, jedenfalls mit Hilfe einer zweiten Person, alsbald nach der Geburt in ihrer Wohnung in einem Kohlenfeuer verbrennen wollen. Die rechte Seite des Kindesleignams, besonders das rechte Bein, sind stark angekohlt und weisen schwere Brandwunden auf. Bei diesem Verluh, das Kind zu verbrennen, sind die Täter wahrscheinlich gestört worden. Dann haben sie das Kind, zusammen mit drei Stücken angekohlten Brennholzes, zunächst in eine Zeitung und dann in graubraunes Packpapier gewickelt und das Paket mit Bindfaden fest verschmürt. Weiter ist ermittelt, daß dieses Paket aus einem von der Pankitzstraße nach dem Weidling zu fahrenden Nordringzuge, wie schon angedeutet, aus einem Coupé 2. Klasse, an der Ueberführung des Berlin-Spandauer Schiffahrtskanals gegen 6 Uhr abends nach der Südseite hinausgeworfen worden ist.

**Durch einen Revolverschuß** verunglückte sich gestern, Freitag, nachmittag um 1 Uhr, der 32 Jahre alte Gärtler Paul R. n. b. e. r. g., der als Jungeselle bei seiner Schwester in der Wiesentalerstr. 3 wohnt, zu töten. Der Mann ist seit zwei Jahren lungenleidend und sagte gestern morgen zu seiner Schwester, er möchte am liebsten aus der Welt scheiden, da er doch nicht gesund werde. Nachmittags wollte er sich eine Kugel in die Brust schießen. Das Geschöß drang jedoch in die rechte Körperseite ein. Schwer verwundet wurde der Unglückliche mit einem Küchlein Rettungswagen nach der Charité gebracht.

**Ein Kindesmord in der Kochstr. 50,** der seit Sonntag die Kriminalpolizei beschäftigt, ist jetzt für die Strafbehörden „gegenstandslos“ geworden. Das Dienstmädchen Franziska Kalmowski, das ein neugeborenes Kind, wie die späteren Feststellungen ergaben, erstickt hatte, ist im Moabitler Krankenhaus gestorben.

**Zeugen gesucht.** Die Personen, welche am letzten Sonntagabend um 1/29 Uhr in Hohen-Schönhausen in der Nähe der Oerntenstraße sahen, wie der 60 Jahre alte Johann Wolter in einen dort aufgeworfenen Kanalisationskasten stürzte und sich dabei schwere Verletzungen zuzog, oder welche irgendwelche Angaben betr. vorchristlicher Beleuchtung und Schynvorrichtungen machen können, werden von den Angehörigen des Vermögensbüros um Abgabe der Adressen an J. Wolter, NO., Langenbeckstr. 3, gebeten.

**Arbeitererfitt.** In der Bronzwaren-Fabrik von J. C. Spinn u. Sohn in der Wasserhorst. 9 ist Freitagnachmittag der 18 Jahre alte Arbeiter Paul P. ä. z. e. l. dadurch verunglückt, daß er mit der Hand in die Riefbahn geriet und sich den rechten Zeigefinger völlig abquetschte. Die Firma ist insoweit für den schweren Unfall verantwortlich, als sie den Arbeiter erst gestern Morgen 9 Uhr in den Betrieb einstellte und ihm trotz seiner gänglichen Unerfahrenheit eine wegen ihrer Gefährlichkeit selbst von erfahrenen Leuten gefürchtete Beschäftigung zuwies.

**Straßenbahn-Unfall.** Ein Leser schreibt uns: Größere Vorsicht wäre den Straßenbahnfahrern im Verkehr mit dem Publikum in solchen Fällen zu empfehlen, wenn der Wagen durch Kurven fährt, die bekanntlich stets ein beträchtliches Schwanken verursachen. Kurz nachdem ich Montagabend auf der Haltestelle Pflügen den Wagen bestiegen hatte, kam der Schaffner zum Kaffieren und hinderte mich so, an der Kurve mich gehörig festzuhalten. Die Folge war, daß ich und noch ein Fahrgast durch das heftige Schwanken des sehr schnell fahrenden Wagens auf das Straßepflaster geschleudert wurden, und es ist ein wahrer Zufall, daß ich mit dem Hinterkopf auf meinen Hut aufschlug und so ohne erhebliche Verletzungen davonkam. Mein Leidensgefährte erlitt dagegen Verletzungen an der Hand. Der Wagen hielt dann erst etwa 10 bis 15 Schritte von uns entfernt. Als wir den Anführer zur Rede stellten, antwortete er, daß er vorchriftsmäßig gefahren habe, ebenso meinte ein Kontrolleur, der bald aufstieg, daß doch nichts von Belang geschehen sei. Der Schaffner aber behauptete läh, daß wir durch seine eigne Unvorsichtigkeit vom Wagen gefallen seien.

**Wohl er glaubte,** wegen seines Alters bald entlassen zu werden, hat der 66 Jahre alte Müller August Scholz aus der Müddendorferstr. 45 Hand an sich gelegt. Scholz war 18 Jahre lang bei der Berliner Dampfmühlen-Aktiengesellschaft in der Michaelisstraße 22/23 beschäftigt. Seit einigen Wochen meinte er, wie es heißt ohne Grund, daß er seines Alters wegen entlassen werden solle. Gestern erhängte er sich in der Küche. Als seine Frau ihn fand, lebte er noch, bald aber starb er unter den Händen eines Arztes.

**Einen ununterbrochenen Nachtverkehr** richtet die Große Berliner Straßenbahn aus Anlaß des Vierundzwanzigstundens-Kennens in Friedenau ein. In der Nacht von Sonntag und Montag geht vom Kollendorf-Platz wie vom Sportpark in Friedenau alle Stunde je ein vollständiger Straßenbahnzug. Der erste dieser Nachtzüge geht um 12 Uhr mitternachts, der letzte um 6 Uhr morgens.

**Die Voruntersuchung** gegen die Bankdirektoren Kommerzienrat Sanden, Buchmüller Schmidt und Warfinski, ist abgeschlossen, doch dürften vielleicht noch einige Ergänzungen notwendig werden. Es wird damit gerechnet, daß die Angelegenheit in diesem Jahre nicht mehr zur Verhandlung kommt. Die genannten Direktoren befinden sich seit Dezember v. J. in Untersuchungshaft. Die Anschuldigungen gegen sie gehen auf Betrug und Vergehen gegen das Aktiengesetz.

**Städtische Taubstummen-Schule.** Im Gemeindeflatt macht die Schuldeputation bekannt, daß die Aufnahme in die Taubstummen-Schule anfangs April und Oktober stattfindet. Eltern, Vormünder taubstummer schulfähiger und noch nicht eingeschulter Kinder haben Anmeldungen zum bevorstehenden Winter-Semester bis spätestens 1. Oktober er. bei dem Direktor Guzmann, Markussstraße 49, anzubringen. — Die Taubstummen-Schule, welche gegenwärtig 14 Klassen zählt, hat auch eine Vorklasse, in welcher taubstumme Kinder unter sechs Jahren Aufnahme finden, die hier von erfahrenen Lehrkräften für den plannmäßigen Schulunterricht in zweimähliger Weise vorgebildet werden. — Die Fortbildungsschule für Taubstumme zählt zur Zeit 6 Abteilungen, 4 für Jünglinge und 2 für junge Mädchen. Der Oberkurs für Jünglinge ist für Gehilfen und Gesellen bestimmt, die hier auch Unterweisung in Gesegesunde, Anleitung zu mündlichen Vorträgen und zur Abfassung von allerlei karitativen Arbeiten, sowie Übung in allen Arten des praktischen Rechnens erhalten. Für die im Oktober beginnenden Winterkurse nimmt der Leiter der Fortbildungsschule, Direktor Guzmann, Markussstr. 49, Anmeldungen schon jetzt entgegen. Der Unterricht ist unentgeltlich, die Stunden liegen abends von 7—9.

**Feuerbericht.** Freitagnachmittag war Posenerstr. 24 ein kleiner Wohnungsbrand abzulösen. Vorher wurde Viniusstr. 248 Wäsche eingekauft. Auf dem Egerzierplatz in der Schwedterstraße war durch Ratwischen ein Baum in Brand gestekt, doch ist der Täter nicht ermittelt. Bülowstr. 57 kam in einer Drechserei Feuer aus, das jedoch noch im Keime erstickt werden konnte. Koppensstr. 32, Karlstraße 28 und Brunnensstr. 41 waren Zimmerbrände zu beseitigen. Aus unbedeutenden Anlässen wurde die Wehr außerdem nach Feinstr. 32, Haldestr. 58 und Landsbergerstr. 117 gerufen.

**Aus den Nachbarorten.** Die Erhöhung des Wohnungsgeld-Zuschusses für die städtischen Lehrer war von der Majorität der Rigdorfer Stadtverordneten-Versammlung vor einiger Zeit abgelehnt worden, wobei seitens der Stadt. Weh und Genossen scharfe Worte gegen die Lehrerschaft fielen. Der Rigdorfer Lehrerverband veröffentlichte infolgedessen in der Lokalpresse eine ebenso scharfe, aber durchaus

gerechtfertigte Entgegnung, welche den Vorstandsmitgliedern des Lehrerverbandes seitens der Regierung zu Potsdam eine Geldstrafe von je 20 M. einbrachte. Die Betroffenen wandten sich darauf an den Kultusminister mit der Bitte, die Strafverfügung aufheben zu wollen, da man ja nur sein gutes Recht vertreten habe. Jetzt hat der Kultusminister den Antragstellern den Bescheid zugehen lassen, daß er die Strafe für angemessen erachte und daher von der Aufhebung der betreffenden Verfügung absehen müsse.

**Mit den Einsprüchen** gegen die Richtigkeit der Wählerlisten zur Schöneberger Stadtverordnetenwahl wird sich die nächste Stadtverordneten-Sitzung zu beschäftigen haben. Es sind im ganzen 37 Reklamationen eingegangen, von denen 28 nach dem Gutachten des Magistrats als begründet angesehen werden. Vier Reklamanten müssen wegen Nichtzugehörigkeit zum preussischen Staatsverband mit ihrem Einspruch abgewiesen werden. Es kann daher nicht oft genug darauf hingewiesen werden, bei solchen Anlässen sich naturalisieren zu lassen, will man nicht seines Wahlrechts verlustig gehen.

**Eine eigne Gasanstalt für Schöneberg** zu schaffen, hat eine aus zwei Magistratsmitgliedern und drei Stadtverordneten bestehende Deputation den städtischen Körperschaften zu empfehlen beschlossen, mit dem Antrage, alle nötigen Vorkehrungen zu treffen, damit bei Ablauf des Vertrages mit der Englischen Gasgesellschaft am 2. Juni 1904 die eigne Gasanstalt fertiggestellt sei. — Die Errichtung einer Dampferwerkstätte wird ebenfalls am hierigen Orte geplant und der Handelsminister soll dem Vorhaben auch nicht abgeneigt sein, wenn — die Stadt die sämtlichen Kosten, sogar die der ersten Einrichtung, übernimmt.

**Wegen der Massendiebstähle in der Pulverfabrik zu Spandau** wird Anklage gegen zehn Personen erhoben werden, nämlich gegen einen Portier, drei Bächter und sechs Maschinenisten. Es sind Anzeigen dafür vorhanden, daß mit den gestohlenen Gegenständen Handel bis in entfernte Gegenden, so nach Schlesien betrieben worden ist; nach dieser Richtung hin schwebt das Ermittlungsverfahren noch.

**Ein Menschenankauf** wurde am Donnerstagabend in Schöneberg verurteilt, weil ein in der Belgierstr. 8 wohnender Hauswirt eine in seinem Hause wohnende Familie — Frau mit 4 Kindern — wegen rückständiger Miete auf die Straße setzen ließ. Hierbei soll die Frau auch noch mißhandelt worden sein. Gegen 10 Uhr abends brachte die durch die Polizei requirierte Feuerwehr die bedauernswerte Familie mit ihren Habseligkeiten nach den sogenannten Baracken.

**Die neueste Radfahrerfalle.** Für Radfahrer verboten ist neuerdings das an der nördlichen Seite (von Charlottenburg aus rechts) belegene Bankett der Charlottenburger Chaussee vom Spandauer Bod bis Spandau. Das Verbot ist durch Warnungstafeln kenntlich gemacht; diese werden aber, weil bisher das Befahren der bezeichneten Strecke gestattet war, von den Radfahrern meist nicht beachtet. So vermochte der Gendarm leghin an einem Tage an 60 Uebertretungen festzustellen.

### Gerichts-Zeitung.

**Um ihren guten Ruf** und ihr verlorenes Liebesglück kämpfte die unverbesserte Frieda J., die gestern vor der 9. Strafkammer dem Schmiebegelassen August Langer als Privatklägerin gegenüberstand. Ehe die Verhandlung begann, stellten die Richter die Köpfe zusammen und der Vorsitzende verlesend nach bekanntem Muster: „Es werden in der Verhandlung Dinge vorkommen, die vielleicht für die zarten Ohren halber Frauen nicht gerade erbaulich sein dürften. Ich mache die im Zuhörerraum sitzenden fünf Frauen besonders darauf aufmerksam, damit sie sich entfernen können. Sollten sie aber meinen, daß ihr zartbesaitetes Gemüt einen Puff vertragen kann, so können sie auch im Saale bleiben.“ Sichernd blühten die Frauen zur Erde — aber keine rührte sich vom Fleck. Nachdem die halben Frauen nunmehr kundgethan, wie sie lagiert sein wollen, können wir die Sache ohne jede Schminke zur Verhandlung bringen“, meinte der Vorsitzende. Die Privatklägerin hatte allen Grund, auf den Angeklagten bitterböse zu sein. Sie hatte das Herz eines jungen Handwerkers erobert, dem sie auch von Herzen zugethan war. Sie wiegte sich oft in dem Gedanken, bereinst einmal die Frau Meistetin zu werden, denn ihr Schatz hatte ihr mehr als einmal die Versicherung gegeben, daß er sie früher oder später heiraten werde. Da mußte der junge Mann Soldat werden und wurde einer auswärtigen Garnison zugeteilt. Beide nahmen zärtlichen Abschied von einander. „Als er zur Fahne fortgemüht, hat sie so herzlich ihn geküßt, mit Wändern seinen Hut geschmückt und zärtlich ihn ans Herz gedrückt.“ Aber auch hier hieß es: andres Städtchen, andres Mädchen! Der junge Vaterlandsverteidiger wurde schweigsamer und schweigsamer und der Briefwechsel wurde fast ein Jahr lang gänzlich, ebe er wieder ausgenommen wurde. Die Privatklägerin war der Meinung, daß sie in der Zwischenzeit ihre jungen Tage auch nicht gerade zu verzaubern brauche, sie fand Anlaß, an die Familie des Angeklagten und hielt es für keine Sünde, mit dem legeren hier und da einen Ausgang zu machen. Der Angeklagte scheint über diese ekrbaren Beziehungen haben hinausgehen wollen und stellte an das Mädchen nach dessen Behauptung wiederholt Anforderungen, die sie mit Entrüstung zurückgewiesen haben will. — Endlich kam für ihren Schatz auch die Zeit, wo er das schöne Lied vom Rejervemann singen konnte. Er lebte nach Berlin zurück und eilte zu seiner Braut. Als diese ihm harmlos erzählte, daß sie mit dem Angeklagten wiederholt spazieren gegangen sei, da zog in seine Seele der schwarze Verdacht und er eilte zum Angeklagten, um von diesem zu erfahren, ob ihm seine Braut etwa unzulässige Intimitäten gestattet habe. Der Befragte behauptete es — nach der Behauptung des Mädchens wahrheitswidrig — und brühtete sich damit, daß es ihm nicht schwer geworden sei, die Sybiligkeit des Mädchens zu überwinden. Die Folge dieser Mitteilung war, daß das Mädchen einen im entzweiteten Tone gehaltenen Abgebrieß erhielt. Sie war sprachlos über die Beschuldigung und da ihr ehemaliger Ehemann spöttisch anheimgestellt hatte, doch den Schmiebegelassen zu verklagen, wenn sie ein reines Gevißes habe, so besofgte sie ohne weiteres diesen Rat. Die Sache nahm für den Angeklagten ein böses Ende, obwohl er versicherte, nur die Wahrheit gesagt zu haben. Er hatte die Thorheit gehabt, einem Bekannten mitzuteilen, daß er zwar versucht habe, die Privatklägerin auf Abwege zu bringen, ihm dies aber nicht gelungen sei. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Verleumdung zu einer Woche Gefängnis. Seine hiergegen eingelegte Berufung war ohne Erfolg. Namens der Klägerin bot Rechtsanwält Leonhard Friedmann den Gerichtshof, zu berücksichtigen, daß der Angeklagte durch seine grundlose Behauptung, die das schwerste sei, was man einem jungen Mädchen nachsagen könne, das ganze Lebensglück der Privatklägerin gestört habe. — Der Gerichtshof stellte sich ganz auf diesen Standpunkt und verwarf die Berufung.

### Vereinskalender.

**Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend.** Vorsitzender Adolf Neumann, Brunnensstraße 160. Grler Sekretär Seifert, Friedenstr. 16. Alle Abendungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kottum, Poststr. 33. Sonnabend, abends 9—11 Uhr: Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — „Sanges-Gew.“, Kräger, Rammstr. 6. — „Jungesingen“, Tegel, Rentner, Spandauerstr. 15. — „Vorsänger VII“, Rummelsburg, Brantling, Goethe- und Panstr.-Gde. — „Weihe Rose II“, Behrenstr., Sorrer, Stralburgerstr. 56. — „Eintracht I“, Teltow, Dery, Behndorferstr. 6. — „Sängerkreis“, Wilmersdorf, Schulze, Weststr. 34. — „Einigkeit II“, Reinholdsdorf, West, Wettnell, Mittelstraße. — „Gde II“, Markgrafstraße bei Fürstentwölde, Grünnd. — „Gesellschaft Chor“, Lindenstraße, Gerhart, Haag 3. — „Ober-Schöneberger Liedertafel“, Ober-Schöneberg, Wagnere, Edisonstr. 5. — „Gitar“, zu, Vörl, Panstr. 32d.

**Arbeiter-Vandervand Berlin und der Umgegend.** Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Albert Liebetrau, Berlin, Putzstr. 44. 4. T. Sonnabend: „Cavata II“, Romanow-Rennenhof, Bernhardt, Pflüger-

straße 31. — „Wald Hof“, Nördendorfer-Kaffee, Grebe, Feinbrot 19. — „Rosa“, Epische, Bredowstr. 2. — „Pappel“, Dahnke, Burgstr. 5. — „Pavana 1“, Kurbach, Wilm, Juliusstr. 59. — „Blauer Dampf“, Dove, Müllerstraße 32a. — „Kommune“, Börsch, Drontheimerstr. 1e. — „Grüne Wiese“, Schrabner, Straßburgerstr. 63. — „Einigkeit III“, Senje, Herzle, Hauptstraße 46. — „Guter Tabak“, Kupke, Felsow, Hoher Steinweg 41. — „Gemütsheiligkeit V“, Rier, Heidenborf, Rindplaz. — „Klub 1900“, Ruppert, Kochstr. 57. — „Kaiser 1“, Buleger, Rindplaz. 60. — „Gemütsheiligkeit“, Wiese, Charlottenburg, Krammstraße 69. — „Guter Tag“, Berndt, Buchholzerstr. 1. — „Fischer“, Hoffmann, Schimmelstraße 47. — „Einigkeit IV“, Göttsche, Neu-Sitzan. — „Einigkeit V“, Wajtschlag, Weißburgerstr. 48. — „Weißbrot“, Stargarderstr. 18.

**Arbeiter-Turnerbund.** Sonnabend: Turnv. „Nichte“, Berlin, abds. 8-10 Uhr: 1. Männer: Abt. Friedenstr. 37. — 3. Männer-Abt. Poststr. 17/20. — 7. Männer-Abt. Weidenbergerstr. 131-132. — 8. Männer-Abt. Köpenickerstr. 36/37. — 2. Weibungs-Abt. Stallgüterstr. 56-58. — 4. Weibungs-Abt. Sternstraße 30 (Rindplaz). — 5. Weibungs-Abt. Köpenickerstr. 67. — „Freie Turnerschaft Johannisplatz“ abds. 9-10 Uhr Sonntag: Turnerschaft d. B. „Nereus“ (gegründet 1882), 1. Weibungs-Abteilung 8-10 Uhr abds. Rantenerstr. 7. — „Arb.-Turnv.“ in Alteshof, Schwandorf, Bismarckstr. 16, 8 1/2-10 1/2 Uhr abds.

**Gesang, Turn- und geistliche Vereine.** Sonnabend. Verein „Gemaltener Schüler der Electra Mehr Licht“, Meigel, Straßburgerstr. 57. „Gerechte“. Verein zur Beförderung der Sprechfertigkeit Stotterender. Übungsabend jeden Sonnabend Niederwallstr. 7. Gemeindefchule. Zwanglose Zusammenkünfte mit Damen im Restaurant des Gewerkschaftshauses. Sonnabend: Buchbinder. **Deutscher sozialdemokratischer Leseklub in Paris.** 82 rue Notre-Dame de Nazareth, 3e arrond. Brasserie des 3 Saisses. Jeden Sonnabend öffentliche Versammlung; reiche Bibliothek, Zeitungen, französischer Unterricht.

**London.** Der einzige sozialdemokratische Verein Londons, der alte, von Karl Marx und Friedrich Engels 1840 mitbegründete Kommunistische Arbeiter-Bildungsverein befindet sich nach wie vor 40 Tottenham Street, Tottenham Court Rd., W. London. Alle Anfragen in gewerkschaftlichen und parteipolitischen Angelegenheiten sind an vorstehende Adresse unter Bezeichnung: „An den 1. Sekretär“ zu Händen des Vereinsvorstandes, zu richten.

**Verein Vorwärts, Johannsburg (Transpaul).** Vereinslokal: Prolog-Bierhalle, Corner of Marshall and Small Street. **Deutscher Arbeiterverein Brüssel.** Vertretungs- und Vereinslokal: Maison du peuple.

**Arbeiter-Radfahrerclub „Solidarität“.** Gau 9 (Prov. Brandenburg). Alle Zuschriften und Anfragen den Bund betreffend sind zu richten an den Gauvorsitzenden Karl Fischer, Berlin NW, Waldstr. 8. **Sonnabend: „Wanderlust“, Rummelsburg, jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. bei Jate, Prinz Albrechtstr. 13.**

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, 15. September, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindefchule, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung „Freireligiöse Vorlesung.“ — Um 10 1/2 Uhr vormittags ebendort: Vortrag des Herrn G. Böhmer-Stettin: „Der Schulplan und die sogenannte Talmudmoral der Juden.“ — 8.30 und nach Spiel auf dem Pariser Kapell-Parlamentum. — Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

**Freie Vereinigung der Civil-Berufsmänner Berlin und Umgegend.** Dienstag, den 17. d. M., vormittags 11 Uhr, Grenadierstr. 33: Ordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Tarifausgabe, Beratung betreffs Centralisation der Arbeitsvermittlung, Festsetzung der Entlohnungen für Annehmer, II. Schriftführerwahl. Der Vorstand.

**Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (C. G. 29 Hamburg) Filiale I.** Sonntag, den 15. d. M., Mitglieder-Versammlung.

**Vermischtes.**  
In Bonn ist die Polizei einem schrecklichen Verbrechen auf die Spur gekommen. Dem Polizei-Inspektor Wittuel ist es gelungen, die Urheber dieses Verbrechens, den 43jährigen Heizer Freiwald aus Ohligs und seine beiden Schwestern zu verhaften. Der Heizer, dessen Frau in Bonn lebt, hat mit seinen Schwestern in kräftlichem Verkehr gestanden und soll Vater ihrer 12 unehelichen Kinder sein. Von diesen 12 Kindern ist nur eins am Leben geblieben, die übrigen 11 sind kurz nach der Geburt gestorben. Jetzt geht das Gericht, daß diese 11 Kinder einen gewaltigen Tod gefunden hätten. Die bisher nach dieser Richtung angestellten Untersuchungen haben noch kein Resultat ergeben. Es sind bereits in dieser Sache viel Zeugen vernommen worden. Die Verhafteten sind in America geboren; ihr Vater war ein ausgewandertes Deutscher, ihre Mutter eine Negerin.

**Leipzig, 13. September.** Dem „Leipziger Tageblatt“ zufolge hat ein österreichischer Deserteur Namens Herrmann aus Kragan (Kölnen), der vor zwei Monaten in einer Ortschaft bei Rittau verhaftet worden ist und sich in Leipzig in Untersuchungshaft befindet, das Geständnis abgelegt, einem vor kurzem in der Nähe von Leipzig tot aufgefundenen unbekanntem Handwerksburschen ermordet zu haben.

**Marktpreise von Berlin am 12. September 1901**

Weizen, gut D.-Gr.	—	Sortirofen, neue, D.-Gr.	8	5
mittel	—	Altsch, Reule 1 kg	1,70	1,20
gering	—	do. 2 kg	1,30	1
+ Roggen, gut	13,90	Schweinefleisch	1,60	1,30
mittel	—	Kalbfleisch	1,70	1,10
gering	—	Schmalz	1,60	1,20
Weisse, gut	14,80	Butter	2,80	2
mittel	14,10	Eier 60 Stck	4,40	2,40
gering	13,40	Käse 1 kg	2,40	1,20
Haler, gut	16,30	Kale	2,60	1,20
mittel	15,30	Hanser	2,30	1,20
gering	14,40	Hirse	2,20	1,20
Nichtstroh	7,32	Borste	1,80	0,80
Hen	8,30	Schleie	2,40	1,20
Gelbes	40	Biele	1,40	0,80
Eyerstochten	50	Kreble per 1000	16	2,50
Wasser	65			

**Produktionsmarkt vom 13. September.** Der heutige Getreidemarkt eröffnete auf Amerika in fester Haltung. Diese wurde auch durch veränderte Offertenverhältnisse bekräftigt; russischer Roggen war weniger angeboten als bisher und amerikanischer Weizen ist direkt 4 M. teurer als aus zweiter Hand. Die wesentlich höheren Ankaufspreise konnten sich jedoch auf die Dauer nicht behaupten und gaben auf etwas niedrigeres Defizit-Angaren sowie infolge der allgemeinen Teilnahmslosigkeit wieder nach. Weizen und Roggen schlossen zu behaupteten geringen Kursen.

**Wetter-Prognose für Sonnabend, den 14. September 1901.** Stetlich kühl, zunächst meist trüb und regnerisch bei mäßigen nordwestlichen Winden; später aufklarend. **Berliner Wetterbureau.**

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

**G. S.** Das Medizinstudium kennen wir nicht. Solas „Arbeit“ kostet gebunden 8 M.

**M. M. 99.** Das „Recherbarnimer Kreisblatt“ erscheint in Bernau, die „Tierbörsen“ in Berlin, Pringelstr. 83.

**H. J.** Wenden Sie sich wegen des gewünschten Gasautomaten an die Direktion der nächsten hiesigen Gasanstalt. Ansuchen für Rohrleitung usw. erwünschten Ihnen antwortend nicht.

**G. W.** Anträge auf Aufnahme von Kindern in Waisenspiele sind zu richten an die Armenverwaltung, Abteilung für die Waisenspiele, Alte Jakobstraße 33. Selbstverständlich bleibt das Waisenspiel unter behördlicher Kontrolle, ebenso bedürfen Sie der Ermöglichung der Waisenspiele, wenn Sie mit dem Kinde nach auswärts beziehen wollen.

**V. 28.** Der Vorsitzende oder der Kassierer, nicht der Verein als solcher, könnte klagen. — **Publizist.** B. 1. Die ansfährlich wiederholt auch in der Stadtvorordneten-Versammlung dargelegt ist, ist ein Dienstmädchen nicht verpflichtet, die 50 Pf. zum Gehalts-Belohnungsfonds zu zahlen. Das Mädchen mag es auf jugendliche Beizeilege ankommen lassen und sich dann sofort nach Anstellung des Verwaltungsvorgangs hierher wenden. 2. 5 Pf. der Bausparungs-Ordnung schreibt 2,90 Meter dicke Höhe vor. — **H. R. W.** 1, 2. Kein. 3. Ja. Der nur mündliche oder nur schriftliche (nicht notarielle oder gerichtliche) Vertrag über ein Grundstück ist unzulässig. 4. Für den Bau müssen Sie soweit zahlen, als er bei der Rücknahme der Bestellung fertig war und ferner Schadenersatz.

**W. 2. 100.** Klagen Sie auf Aufhebung des Geschäfts und auf Schadenersatz durch einen Rechtsanwalt. — **H. Sch.** Dafür gibt es keinen straflosen Weg. Wer, um sich vor Gläubigern zu retten, Sicherungen macht, ist strafbar. Außerdem aber ist die Sicherung anfechtbar. — **H. S. W.** 1. Ja. 2. Bei freihändigem Verkauf (also Verkauf ohne Subhastation) laufen die Pfändverträge weiter. 3. Das Verabredete gilt bei Nichtvereinbarung beider Kontrahenten. — **H. R. S.** 1. Kein. 2. Von Beginn der Krankheit ab. 3. Ja. — **H. R. S.** Kein. — **H. 2. 25.** 1. Das ist und nicht bekannt. 2. Ein Wirt ist nicht zur Verabreichung von Speise und Trank an jedermann verpflichtet. Zu der Art der Ablehnung kann aber eine Beleidigung liegen. — **H. 2. 18.** 1. Ja. 2. Kein. 3. Kein und Dippler heißen die Rechtsanwältin in S. — **H. W.** Triftstraße. Kommen Sie in die Sprechstunde.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

**Sonnabend, 14. September.**  
**Opernhaus.** Die Writanerin. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Was dem, der sagt. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Opern-Theater (Kroll).** Die Fledermaus. Anfang 8 Uhr.  
**Am Trionon-Theater:** „Lebende Leber“. Anfang 8 Uhr.  
**Schiller.** Hermit. Anfang 8 Uhr.  
**Deutsches.** Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Medea. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Leffing.** Nachsinn als Erzähler. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reithaus.** Continens Ehemänner. Sonntag: Daphne Tochter. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Das ewig Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Westen.** Der Troubadour. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rezeptionsbühne.** Neues Theater: Heberdrell. Am 8 Uhr.  
**Central.** Die Geisha. Anfang 8 Uhr.  
**Thalia.** Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Luisen.** Der Mann im Monde. Anfang 8 Uhr.  
**Carl Weisk.** Berliner Rangen. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Die Fledermaus. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Welle.** Alliance. Guckspiel des Original-Rindener Ueberdrell. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Metropol.** Spezialitäten-Vorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.  
**Apollo.** Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.  
**Passage-Theater.** Damen-Ringspiele. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
**Passage-Panoptikum.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Palast.** Spezialitäten-Vorstellung. Rosenmontag. Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Landwehr. 48/49. (Am Theateraal.) Abends 8 Uhr: In kleinen Preisen: Mittelmeerfahrten. Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

**Urania-Theater**

**Tauben-Strasse 48/49.**  
Um 8 Uhr zu kl. Preisen: **Mittelmeerfahrten.**  
Um 4 Uhr zu kl. Preisen: **Aus dem Tagebuch der Erde.**  
Invalidenstr. 57/62.  
**Tägl. Sternwarte.**

**Castans Panopticum.**  
Friedrichstr. 165.  
**Neu! Neu! Neu!**  
**Der künstliche Mensch!**  
Die sensationellste Erfindung der Neuzeit: Der „Clou“ der Pariser Welt-Ausstellung.  
Vorstellungen: 12 Uhr mitt., 3, 5, 6, 7 Uhr nachmittags.

**Zoologischer Garten**

**Ab 4 Uhr nachmittags:**  
**Doppel-Konzert.**  
Morgen:  
**Doppel-Konzert.**

**Central-Theater.**

Heute Anfang 8 Uhr. Jubiläumsvorstellung. Zum 150. male:  
**Die Geisha.**  
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones. Zum 2. Mal Vollvorstellung des 7. Jahrs. Gegenüberst. Kun Arpad und zwar „Friedrichstr.“ von Tartini, Cavatina von Raff. — Morgen Sonntag: Zwei Vorstellungen. Nachmittags 3 Uhr: Politische Vorlesung zu halben Preisen: **Die Geisha.** Abends 8 Uhr, 3. 752. male: **Die Geisha.** Montag und folgende Tage: **Die Geisha.** — Sonnabend, den 21. September: Eröffnung der Winterfaison 1901-1902.

**Apollo-Theater.**

10 Spezialitäten.  
**Grandel. \* Steidl.**  
**Frau Luna**  
Luftballet Grigolatis.  
Anfang 8 Uhr.

**Deutsche Konzerthallen.**

An der Spandauer Brücke 3.  
Vornehmstes Vergnügungslokal! Sehenswürdigkeit Berlins!!! In den sieben grossen wunderbar dekorierten Stadtbahnbögen täglich **Internationale Konzerte.** Spezialitäten-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften! **Special-Ausschank der Berliner Bockbräuerei.** Vorzügliche Küche. Gut gepflegte Biere. Oekonom Gustav Prellipor.

**Schiller-Theater**

(Wallner-Theater).  
Sonnabendabend 8 Uhr: **Heimat.**  
Schauspiel in 4 Akten v. Sudermann.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Wilhelm Tell.**  
Sonntagabend 8 Uhr: **Heimat.**  
Montagabend 8 Uhr: **Heimat.**

**W. Noacks Theater.**

Brunnenstraße 16.  
Heute Sonnabend, 14. September:  
**Gr. Extra-Theater-Vorstellung.**  
**Mein süßes Diderchen.**  
Poffe in 1 Akt von Edmund Grunne.  
**Sekers Geschichte.**  
Liebespiel in 1 Akt von Jacobson.  
Ruff von Conrad.  
Nach der **Langstranzchen.**

**Verein Berliner Jalousie-Arbeiter, -Arbeiterinnen u. Berufsgenossen.**

Montag, den 16. September, abends 8 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstraße Nr. 20:  
**Ausserordentl. Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Berlesung des Protokolls. 2. Referat des Herrn Kater. 3. Diskussion. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Verschiedenes. Es werden hierzu ganz besonders sämtliche Jalousie-Arbeiter eingeladen. (453b)  
Der Vorstand.

**Verband der Möbelpolierer.**

Heute abends in sämtlichen Zahlstellen: Ausgabe der neuen Mitgliedsbücher und Billets zum Stiftungsfest am 5. Oktober Kopenstraße 29. **Kulturtren des Berliner Mit-Trio.** (147/14)  
Heute abends 8 1/2 Uhr in Weissensee, Röstestrasse 20:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Tol. Kein: Nacht Einigkeit hat? 2. Wahl. 3. Verschiedenes.  
Montag, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Andreasstr. 26:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abg. Reimann: „Der deutsche Bauernkrieg von 1525“. 2. Gewerkschaftliches (hierzu ist der Kollege Otto Werner von der Firma Helm u. Gerken hiermit eingeladen). 3. Verschiedenes.  
Der Vorstand.

**Verband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.**

Verwaltungssitze Berlin und Umgegend.  
Sonntag, den 15. d. M., nachm. 5 Uhr, in Cohns Feistfäden, Beuthstraße 20:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Ingenieur Baerth über: Gemischung der Atmosphäre auf Dampfessel und Dampfmaschinen. (138/16)

**Grosse Kaninchen-Ausstellung!**  
des Bundes der Kaninchenzüchter für die Provinz Brandenburg  
Sonnabend, den 14., bis Montag, den 16. Septbr. 1901  
Berlin, Moritzplatz, Etablissement Baggenhagen.  
Von morgens 9 Uhr bis abends 9 Uhr geöffnet.  
Im Garten: Vorführung des Fanges wilder Kaninchen mittels Freitren.  
Entree 50 Pf. Kinder 10 Pf. (2328L)

**Thalia-Theater.**

Heute und folgende Tage:  
**Ein tolles Geschäft.**  
Grosse Aufstaltungspoffe mit Gesang in 7 Bildern von G. Albert. Ruff von R. Leonard.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr, bei sehr kleinen Preisen (50 und 60 Pf.): **Das Schloß am Meer.**  
Das neu und glänzend erbaute **Casino-Theater**  
Lothringersstr. 37 (zwischen Rosenthaler- und Schönhofener Thor).  
Sonntag, 15. September: **Eröffnungs-Vorstellung Fritz Steidl**  
der Liebling der Berliner. Guckspiel „Die Arabas“ v. Theodor Dumont, Rodfain. Das reizende Garello-Trio, Luc-Luc-Truppe, Marka-Frays, Bethel Norton, Horatio z. c. Daja Berlin N. — Berlin W. Berliner Aufstaltungspoffe in zwei Bildern mit Ballett u. Aufzügen. Billet-Vorverkauf täglich von 10-1 Uhr an der Theaterkass. Entree von 50 Pf. bis 3 M. Anfang Sonntag 7 1/2 Uhr, Wochentags 8 Uhr.

**Reichshallen.**

Heute sowie täglich: **Humorist. Soiree der Stettiner Sänger.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

**Berlins grösste Fischhandlung**

empfehlen von täglich frischem Fange und täglich frischer Zufuhr in Kühlwaggons frische, geräucherte und marinierte  
**Seefische**  
zu bekannt billigen Preisen. (2329L)  
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee.“  
Hauptfiliale Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10.  
II. Filiale: Lüneburgerstrasse, Ecke Paulstrasse.  
III. Pringelstrasse 30.  
IV. Madiastr. 22, im Schloßischen Bahnhof.  
Diese Woche:  
**Schellfische** in allen Größen 25-35 Pf. pro Pfd.  
**Cablau** ohne Kopf 25, im Anschnitt 30 Pf.  
**Seelachs** 20 Pf., 28-30 Pf.  
**Kotsungen** 40 Pf., Braislunder 20-25 Pf., Schollen 50 Pf., Seehecht 35-40 Pf., Knurrhahn 25 Pf., Austernfisch 30-40 Pf., Goldbars 40 Pf., Heilbutt 60-65 Pf., Tarbutt 75-80 Pf. pro Pfund.  
Steinbutt, Seezungen etc. ebenfalls billig.  
Lebende Hummer 2,60-2,70 M. pro Pfd.  
**Johs. Skorezyk**  
Generalvertreter für Berlin.

**Orts-Krankenkasse der Bildhauer, Stuccateure u. verw. Gewerbe.**

**Ausserordentliche General-Versammlung**  
am Montag, den 23. Septbr., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal **Annenstraße 16.**  
Tages-Ordnung: Anderweitige Festsetzung des ordentlichen Tageslohes für die Mitglieder unserer Kasse und hiernach Regelung der Beiträge, des Kranken- und Sterbegeldes — laut Bestimmung des Herrn Oberpräsidenten vom 1. Juni d. J. 2744  
Genevoll Beschlußfassung über Einführung von Lohnklassen und zwar: Als Mitglieder I. Klasse mit einem täglichen Arbeitslohn von 4 M. und darüber; II. Kl. bis 3 M., III. Kl. bis 2,50 M., IV. Kl. bis 1,50 M., bei einem Wochenbeitrag von 60 Pf., 51 Pf., 42 Pf., 27 Pf., an Krankengeld: 2 M., 1,50 M., 1,25 M. und 75 Pf. pro Tag.  
Die Höhe des Sterbegeldes zu normieren soll der General-Versammlung überlassen bleiben.  
Der Vorstand.  
J. A. Conrad Storch, Alt-Roabit 132.

**Metropol-Theater.**

**Schön war's doch!**  
Gr. Berliner Anstaltungsspossa mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.  
**Emil Thomas a. G.**  
**Joseph Joseph a. D.**  
**H. Bender. G. Kaiser.**  
**Else de Veré a. D.**  
**Frid-Frid. F. Georgette.**  
Gastspiel:  
**Saharet!**  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Prater-Theater**

Kastanien-Allee 7/D.  
Täglich:  
**Auf fremder Erde.**  
Aufstaltungspoffe mit Gesang u. Tanz in 4 Bildern von Hugo Schulz. Kostreten der Graciter-Chauffourne Hedwig Döring, des Woiwode Komikers Paul Coradini, der Fräulein Dausack, Gigerl-Akrobaten, The Karloys, Musikalische Kammbanten, Mr. Hartlings lebende Photographien. Konzert und Ball.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Rumerierter Platz 50 Pf. **Kalbo.**

**Palast-Theater**

fr. Neu-Palast, Burgstr. 22.  
Direktion: Winkler u. Fröbel.  
Unbestreitbaren Erfolg hat das neue Sensations-Programm. **Sozialeressantes Künstler-Veronal.**  
**Karl Braun** mit seiner Nilg-Berwandlung **Enchlich allein!**  
Der Komponist **Wettfreit.** Direktor **Wilhelm Fröbel** als Dienstmann Kaiser in der Gefangenschaft.  
**Rosenmontag** Lebende Photographien usw. Anfang: Wochentags präc. 8 Uhr, Sonntag präc. 7 Uhr. Billet-Vorverkauf 11-1 Uhr.

**Sommerpreise.**

Prima Zeitschreiber **Brauer** 16kr. 6 Jollis, ca. 135 St. nur **90 Pf.**  
Obersteifste Steinbohlen **Ruh II** Gr. 1,15, Schffel nur 90 Pf. verkauft ab **Platz Fischer, Brombergerstr. 14.**

Seefisch-Kochbücher gratis, nach anstwarts auf Wunsch nach franco Zusendung.



